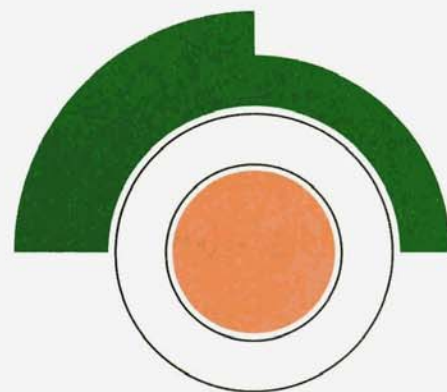


Nordrhein-Westfalen Landtag intern 16



Informationen aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen, 24. Jahrgang, 11. Wahlperiode, 12. 10. 1993

WORT UND WIDERWORT

Wie soll es in der Kohlepolitik künftig weitergehen?

Die SPD wolle schrittweise die Einführung einer allgemeinen Energiesteuer auf alle nicht erneuerbaren Energiearten. Hieraus müsse die Förderung der rationellen Energienutzung sowie der erneuerbaren Energien, die Sanierung der Braunkohle in Ostdeutschland sowie die westdeutsche Verstromungskohle bezahlt werden. Mittelfristiges Ziel sei ferner die Entlastung des Faktors Arbeit sowie eine stärkere Belastung des Ressourcenverbrauchs bei der Produktion durch eine ökologische Steuerreform. Das erklärt der SPD-Abgeordnete **Ernst-Otto Stüber**. Der CDU-Abgeordnete **Laurenz Meyer** unterstreicht, die heimische Steinkohle könne zukünftig nur in einem möglichst breitgefächerten Energiemix unter Einschuß von Importkohle, Braunkohle, Öl, Gas, regenerativen Energiequellen und Kernenergie langfristig bestehen. Nur durch eine solch breite Risikostreuung würden die jeweiligen ökologischen und ökonomischen Vorteile und Nachteile der einzelnen Energieträger bestmöglich miteinander in Einklang gebracht. Der F.D.P.-Abgeordnete **Hagen Tscholtsch** bekräftigt, die Ruhrkohle AG müsse mehr als bisher in die Lage versetzt werden, über die Gewinnung, Veredelung und den Vertrieb der Steinkohle hinaus neue Märkte in anderen Bereichen zu erschließen. Deshalb sei der immer noch bestehende Genehmigungsvorbehalt der öffentlichen Hand gegenüber allen größeren Sach- und Finanzinvestitionen der RAG elastischer zu handhaben als bisher. Der Grüne-Abgeordnete **Dr. Manfred Busch** meint, es sei heuchlerisch, heute noch generationenübergreifende Bestandsgarantien für den heimischen Steinkohlenbergbau abzugeben. Die EG-Energiepolitik, der Konkurrenzdruck durch die Importkohle und die ökologischen Kosten in den Abbauregionen hätten das Schicksal der deutschen Steinkohle bereits besiegelt. (Seite 2)

Extreme Dioxin-Meßdaten an Dortmunder Anlage Stilllegung bis zur Klärung gefordert

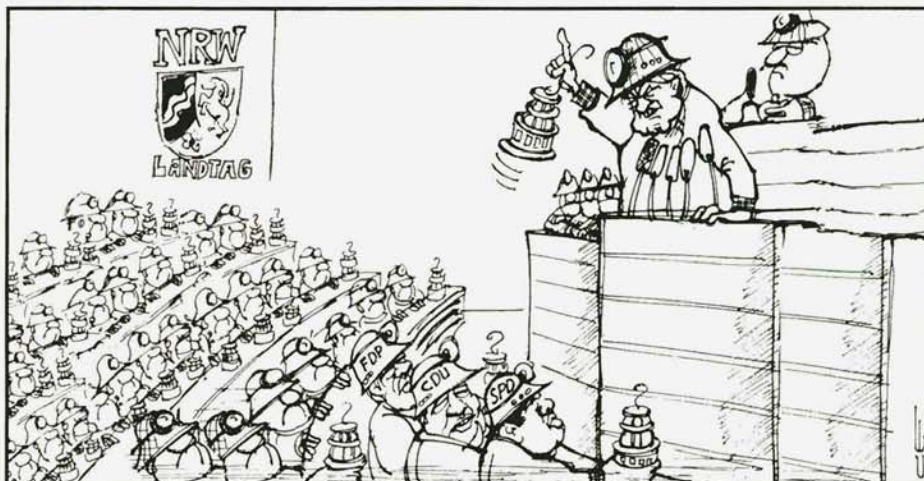
Wegen seiner Dioxinpolitik ist der Umweltminister des Landes von den drei Oppositionsfractionen in der Aktuellen Stunde und der Fragestunde des Landtags am 7. Oktober scharf kritisiert worden. CDU, F.D.P. und Grüne warfen Klaus Matthiesen (SPD) vor, er habe den extrem hohen Ausstoß des krebserregenden Giftes der Hoesch-Westfalenhütte in Dortmund verharmlost und Meßergebnisse zurückgehalten.

Ministerpräsident Johannes Rau (SPD) nahm den Minister gegen die Vorwürfe des CDU-Fraktionschefs Linssen in Schutz, Matthiesen sage nicht die volle Wahrheit. Die CDU erwäge einen Untersuchungsausschuß, wenn der Minister nicht vollständig Auskunft gebe.

GRÜNE-Fraktionssprecherin Bärbel Höhn hielt dem Minister vor, er habe zugelassen, daß die Firmenbeschäftigten und die Bevölkerung im Ruhrgebiet schwersten Dioxinbelastungen ausgesetzt würden. Bis zur Dioxinreduzierung müßten die betreffenden Hoesch-Betriebsteile stillgelegt werden.

Auch Bodo Champignon (SPD) forderte rasche Klärung und Abhilfe, um Hysterie und

Panik zu vermeiden. Der Mangel in der Sinteranlage müsse schnell geklärt werden. Für die F.D.P. verurteilte Hans-Joachim Kuhl das Schweigen über die Meßwerte. Der Minister habe es unterlassen, Alarm zu schlagen.



„Und jetzt alle zusammen: Glück auf, Glück auf, der Steiger kommt!“

Zeichnung: Frank Cerny (WAZ)

Die Woche im Landtag

Kohlepolitik

Ministerpräsident Johannes Rau (SPD) hat in einer Regierungserklärung zur Einhaltung der Zusagen aus der Kohlerunde 1991 aufgefordert. (Seite 3)

Landesrechnungshof

Das seit 1972 unveränderte Gesetz über den Landesrechnungshof soll geändert werden, um dessen Organisationsrecht fortzuentwickeln. (Seite 6)

Verwaltung

Der Gesetzentwurf der Landesregierung zur Verwaltungsstrukturreform berührt wichtige Eckpunkte des Aufbaus der staatlichen Verwaltung. (Seite 8)

Vertragstreue

Keinen Zweifel haben niederländische Regierungsstellen daran gelassen, daß die internationalen Verträge zur Drogenbekämpfung im Nachbarland erfüllt werden. (Seite 9)

Binnenmarkt

Auswirkungen des Binnenmarkts auf den europäischen Zahlungsverkehr kamen in der Anhörung des Unterausschusses Europapolitik zur Sprache. (Seite 15)

Tageseinrichtungen

Auch in einer Mühle und einem Offizierskasino entstehen Tageseinrichtungen für Kinder. (Seite 17)

WORT UND WIDERWORT

Bundesregierung soll Zusage aus Kohlerunde einlösen

Von
Ernst-Otto Stüber

Wie es in der Kohlepolitik weitergehen soll, wurde in der Kohlevereinbarung vom 11. November 1991 in Bonn eindeutig geregelt:

- Gewährleistung eines lebens- und leistungsfähigen, kostenoptimierten Bergbaus auch im vereinten Deutschland,
- finanzielle Absicherung einer Verstromungsmenge von 35 Millionen Tonnen als Anschlußregelung für den Jahrhundertvertrag ab 1996,
- der Hüttenvertrag bleibt als Bedarfsdeckungsvertrag erhalten,
- Absicherung einer neuen Beihilferegelung durch die EG-Kommission.

Die energiepolitische Situation stellt sich heute nicht anders dar als im November 1991. Alle wesentlichen Ausgangsdaten waren damals bekannt. Der Bergbau hat seine Anpassungsmaßnahmen bereits eingeleitet und wird dies — angesichts sinkender Kokskohlennachfrage — auch weiterhin tun müssen. Jetzt ist die Bundes-

Von
Laurenz Meyer

Kohlepolitik ist Energiepolitik, aber Energiepolitik ist nicht nur Kohlepolitik. Eine isolierte Kohlepolitik kann es nicht geben und bringt auch für den Bergbau nicht die nötige Planungssicherheit. Die heimische Steinkohle kann zukünftig nur in einem möglichst breitgefächerten Energiemix unter Einfluß von Importkohle, Braunkohle, Öl, Gas, regenerativen Energiequellen und Kernenergie langfristig bestehen.

Nur durch eine solch breite Risikostreuung werden die jeweiligen ökologischen bzw. ökonomischen Vorteile und Nachteile der einzelnen Energieträger bestmöglich miteinander in Einklang gebracht. Hierüber brauchen wir in Deutschland wieder einen allgemeinen Konsens zwischen Bund und Land, aber auch zwischen Elektrizitätsversorgungsunternehmen, Industrie und Bergbau. Dem Bergbau helfen heute nicht vollmundige Solidaritätsbekundungen, sondern nur

Von
Hagen Tschoeltsch

Angesichts der schwierigen wirtschaftlichen und haushaltspolitischen Lage des Bundes und des Landes erhebt die F.D.P.-Landtagsfraktion im Hinblick auf die zukünftige Kohlepolitik folgende fünf Forderungen:

1. Subventionen abbauen
Angesichts jährlicher Subventionen von insgesamt zehn Milliarden Mark für den Kohlebergbau ist eine neue Subventionsformel mit depressiver Ausrichtung zu entwickeln und anzuwenden.
2. Energiesteuer zur Sicherung des Jahrhundertvertrags und des Hüttenvertrags

Für die Anschlußfinanzierung des Jahrhundertvertrags sowie zur Finanzierung der aus dem Hüttenvertrag erwachsenden Kokskohlebeihilfen ist eine alle Energieträger einbeziehende Energiesteuer zu erheben.

3. Mengengerüst überprüfen
Als „Gegenleistung“ für eine von Haushaltsschwankungen des Bundes und des Landes unabhängige finanzielle Absicherung

Von
Dr. Manfred Busch

Nur der sofortige Ausstieg aus der Atomenergie schafft die energiepolitischen und zeitlichen Spielräume, zum Mengengerüst der Kohlerunde 1991 zurückzukehren und gleichzeitig in den Kohleregionen neue, zukunftssträchtige Arbeitsplätze zu schaffen. Allein die Stilllegung des AKW Würgassen, dessen Sicherheitsprobleme aufgrund rissiger Rohrleitungen unlösbar sind, würde zunächst eine zusätzliche Kohlenachfrage von 1 Million Tonnen im Jahr auslösen.

In den „Energiekonsens-Gesprächen“ hat die SPD ihre Bereitschaft erklärt, einem Betrieb der heutigen Atomkraftwerke bis an das Ende ihrer wirtschaftlichen Lebensdauer zuzustimmen. Damit hat sie das jetzige Erpressungsmanöver der Bundesregierung, die die Bergleute zu Geiseln der Atomlobby macht, überhaupt erst ermöglicht. Der nordrhein-westfälische Minister Wolfgang Clement will sogar den Bau des neuen Siemens-Framatom-Reaktors akzeptieren, „um die Zukunft der Kohle zu sichern“.

SPD: Geschäftsgrundlage ist Vereinbarung von 1991

regierung am Zuge mit der Einlösung ihrer Zusagen aus der Kohlerunde 1991. Wir brauchen sofort eine finanzielle Absicherung der Verstromungsmenge.

Die SPD hat hierzu ihre Vorschläge auf den Tisch gelegt: Wir wollen schrittweise die Einführung einer allgemeinen Energiesteuer auf alle nicht erneuerbaren Energiearten. Hieraus muß die Förderung der rationellen Energienutzung sowie der erneuerbaren Energien, die Sanierung der Braunkohle in Ostdeutschland sowie die westdeutsche Verstromungskohle finanziert werden. Darüber hinaus sind mit der Einführung dieser Energiesteuer weitere Kompensationsmaßnahmen für Wirtschaft und Verbraucher festzulegen. Mittelfristiges Ziel hierbei ist die Entlastung des Faktors Arbeit sowie eine stärkere Belastung des Ressourcenverbrauchs bei der Produktion durch eine ökologische Steuerreform.

Der Bund darf nicht weiter den Eindruck entstehen lassen, als wolle er jetzt einen Bruch dieser Kohlevereinbarungen einleiten. Es darf nicht wieder der Verdacht entstehen, daß die Verantwortlichen in Bonn nicht Wort halten.

CDU: Kohlepfennig durch Energiesteuer ablösen

ein vernünftiger und zukunftsweisender Kompromiß im Rahmen der laufenden Energiekonsensgespräche. In diesem Konzept müssen klare Aussagen über die Option auf eine neue, weiterentwickelte Generation von Kernkraftwerken, über die offenen Entscheidungsfragen, Einsatz und Finanzierung von Kohle und zur rationellen Energieversorgung der Zukunft getroffen werden.

Die CDU-Landtagsfraktion steht zu den Ergebnissen der Kohlerunde 1991! Noch in 1993 müssen für die vereinbarte Fördermenge von 35 Millionen Tonnen für die Verstromung Finanzierungsregelungen für die Zeit nach 1996 getroffen werden. Wir plädieren dafür, daß das bisherige Finanzierungssystem des Kohlepfennigs ab diesem Zeitpunkt insbesondere aus EG-rechtlichen Gründen durch eine in gleicher Höhe erhobene Energiesteuer bzw. -abgabe, die auch auf Öl, Gas und Kohle erhoben wird, abgelöst wird. Dies verringert die bisherige überproportionale Belastung der Strompreise durch den Kohlepfennig, was gleichzeitig die Industrie entlastet.

F.D.P.: Fünf Forderungen hinsichtlich der Kohlepolitik

der Kokskohlebeihilfen ist das Mengengerüst zu ermäßigen, jedoch nur im Einvernehmen mit allen Beteiligten. Für die Verstromung ist eine strukturpolitisch orientierte Fördermenge in der von der Mikat-Kommission genannten Bandbreite zwischen 25 und 35 Millionen Tonnen SKE festzulegen.

4. Kernenergie im Energiemix sichern
In einem Energiemix aus Mineralöl, Erdgas, Braunkohle, Steinkohle und regenerativen Energieträgern muß auch die Kernenergie den ihr gebührenden Stellenwert behalten.
5. Ruhrkohle AG muß sich zum Technologiezentrum entwickeln

Die RAG muß — mehr als bisher — in die Lage versetzt werden, über die Gewinnung, Veredelung und den Vertrieb der Steinkohle hinaus neue Märkte in anderen Bereichen zu erschließen.

Deshalb ist der immer noch bestehende Genehmigungsvorbehalt der öffentlichen Hand (Bund/Land) gegenüber allen größeren Sach- und Finanzinvestitionen der RAG (noch) elastischer zu handhaben als bisher.

GRÜNE: Schicksal der Steinkohle bereits besiegelt

Diese Position ist nicht nur lebensgefährlich, weil nicht einmal der Siemens-Vorstand Adolf Hüttl in den „Konsensgesprächen“ bestritten hat, daß für diesen Atomkraftwerkstyp die Wahrscheinlichkeit der Kernschmelze gleich hoch ist wie bei herkömmlichen Atomkraftwerken. Sie ist auch untauglich zur Beschäftigungssicherung in den Kohleregionen, weil sie den Vorrang für neue Großkraftwerke fest schreibt und damit den Umstieg in eine arbeitsintensive Energiesparwirtschaft verhindert. Das Prognos-Institut hat einen positiven Beschäftigungseffekt von mindestens 90 000 Arbeitsplätzen errechnet, wenn mit der Energiesparwirtschaft ernstgemacht wird.

Es ist heuchlerisch, heute noch generationen-übergreifende Bestandsgarantien für den heimischen Steinkohlenbergbau abzugeben; die EG-Energiepolitik, der Konkurrenzdruck durch die Importkohle und die ökologischen Kosten der Steinkohleförderung in den Abbauregionen haben das Schicksal der deutschen Steinkohle bereits besiegelt. Ebenso unverantwortlich ist es aber, immer wieder durch kurzatmige, von der Tagespolitik diktierte Eingriffe einen sozialverträglichen Anpassungsprozeß zu verhindern.

Regierungserklärung zur kohlepolitischen Situation – Sorge um Bergleute

Ende des Beschäftigungsabbaus ist nicht in Sicht

Angesichts der ungewissen Zukunft für die im Bergbau Beschäftigten hat der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Johannes Rau (SPD) in einer Regierungserklärung zur aktuellen kohlepolitischen Situation vor dem Landtag eine deutliche Mahnung ausgesprochen. Rau erklärte am 6. Oktober, die Bergleute sähen ihre Existenz durch das derzeitige Bonner Taktieren zu Recht gefährdet. Allein in diesem Jahr müsse die Ruhrkohle weitere 9500 Arbeitsplätze abbauen, und ein Ende des Beschäftigungsabbaus sei nicht in Sicht. Die Situation wäre nicht mehr beherrschbar, wenn die Bundesregierung das in der Kohlerunde 1991 Vereinbarte zerstören würde. Rau lehnte Zugeständnisse der SPD bei der Kernkraft als Vorbedingung für weitere Kohlesubventionen entschieden ab. Der CDU-Fraktionsvorsitzende Dr. Helmut Linssen sprach sich ebenfalls dafür aus, keine Abstriche an den Vereinbarungen vorzunehmen. Die ausschließlich auf die Kohlerunde fixierte Energiediskussion in der SPD des Landes greife allerdings zu kurz. Der wirtschaftspolitische Sprecher der F.D.P.-Fraktion, Hagen Tschoeltsch, forderte, die Vereinbarungen der Kohlerunde der verschlechterten Haushaltslage anzupassen und die Subventionen zu kürzen. SPD-Fraktionschef Professor Dr. Farthmann erhob heftige Vorwürfe gegen die Bonner Koalition. Er befürchtete, der größte Standortvorteil der Bundesrepublik, der soziale Friede, werde fahrlässig aufs Spiel gesetzt. Der Parlamentarische Geschäftsführer der Grünen, Dr. Michael Vesper, regte einen neuen „Jahrhundertvertrag“ an. Kritik an Stahlsubventionen in anderen Bundesländern übte Wirtschaftsminister Günther Einert (SPD). Nach der Regierungserklärung wurde ein Antrag der SPD-Fraktion „Nordrhein-Westfalen besteht auf Einlösung der Zusagen aus der Kohlerunde 1991“ mitberaten, der in direkter Abstimmung Zustimmung fand (Drs. 11/6062).

Ministerpräsident Johannes Rau (SPD) erklärte, die Wirtschaft der Bundesrepublik sei in einer schweren Krise. Viele sprächen von der tiefsten Rezession der Nachkriegszeit. Die derzeitige Wirtschaftskrise sei kein Sonderproblem Nordrhein-Westfalens oder gar nur des Ruhrgebiets. Sie treffe auch solche Regionen, die bisher als krisenfest gegolten hätten. Überfällig seien Entscheidungen in einem Bereich, in dem die Bundesregierung ganz direkt Verantwortung trage. Es gehe um die Finanzierung der Kohleverstromung nach 1995 als Teil der nationalen Energieversorgung. Die Bergleute fürchteten, daß sie sich auf getroffene Vereinbarungen und politische Zusagen aus Bonn nicht mehr verlassen könnten. Von 1987 bis 1992 sei die Steinkohleförderung um über zehn Millionen Tonnen auf rund 65 Millionen Tonnen zurückgeführt worden. Im gleichen Zeitraum habe der Bergbau über 41000 Arbeitsplätze abgebaut. In diesem Jahr würden weitere 9500 Arbeitsplätze abgebaut, „und damit sind wir noch immer nicht am Ende des Be-



Krise der Montanindustrie: v.l. Ministerpräsident Johannes Rau (SPD), Dr. Helmut Linssen (CDU), Hagen Tschoeltsch (F.D.P.), Professor Dr. Friedhelm Farthmann (SPD) und Dr. Michael Vesper (GRÜNE). Fotos: Schüller

schäftigungsrückgangs“. Sein Kollege Günther Einert habe Bundeswirtschaftsminister Rexrodt immer wieder gedrängt, die Vereinbarungen der Kohlerunde 1991 einzuhalten. Er selber habe den Bundeskanzler wiederholt und dringend gebeten, persönlich dafür Sorge zu tragen. Die Bundesregierung aber zögere bis heute, und sie taktiere. Die mangelnde Fähigkeit der Koalitionsparteien, sich auf eine sachgerechte Finanzierungsregelung zu verständigen, schade deshalb den Unternehmen und den Beschäftigten. Rau äußerte den Verdacht, manche wollten, daß der deutsche Steinkohlenbergbau zu einem Auslaufmodell werde. „Die Landesregierung hält diese Position für falsch, für energiepolitisch falsch, für wirtschaftspolitisch falsch, für umweltpolitisch und für technologiepolitisch falsch“. Zum Energiekonsens merkte der Regierungschef an, man brauche mehr Energieeffizienz, eine höhere Energieproduktivität durch consequentes Energiesparen. Es könne nicht darum gehen, irgendjemandem die Zustimmung zur Kernenergie abzunötigen. Der Vorschlag der Landesregierung zur Finanzierung der Kohleverstromung nach 1995 liege auf dem Tisch.

Dr. Helmut Linssen (CDU), Fraktionsvorsitzender, erklärte: „Die CDU NRW und die CDU-Landtagsfraktion stehen zu den Vereinbarungen der Kohlerunde 1991.“ In Zukunft sollten Mengenvereinbarungen nicht ohne Finanzierung getroffen werden. Das Festschreiben der obersten Menge habe er damals nicht für richtig gehalten. Aber die Politik müsse Zusagen halten. Außer den 35 Millionen Tonnen für die Verstromung sei die Subventionierung von bis zu 15 Millionen Tonnen für Stahl vereinbart worden, je nach Abnahme durch den Markt. Wenn jetzt der Ruhrkohlevorstand dramatisch auf den Einbruch des Koksrohleamarkts reagiere, habe das nichts mit der Kohlerunde 1991 zu tun. Ein Subventionierungswettbewerb finde jetzt auch unter den Bundesländern statt, das könne von den EG-Staaten für ihre Wünsche benutzt werden. Bei Kernkraftwerken müßten Störfallrisiken im Kraftwerksgelände gesetzlich verankert und die Gefährdung der Umwelt definitiv ausgeschlossen werden. Bis zum Jahr 2005 sollte ein Fadenrißvermeidungsreaktor gebaut werden. Seriöse Partner im Energiekonsens-Gespräch seien weder Anhänger des großzügigen Ausbaus noch des schnellstmöglichen Ausstiegs. Es gehe auch um die Unterstützung für NRW

durch andere Bundesländer. Die Zustimmung zur Kohlepolitik sei dramatisch zusammengebrochen. IG Bergbau und IG Chemie sagten ein klares Ja zum Kohle-Kernenergie-Verbund. Die CDU plädiere auch für eine Energiesteuer oder -abgabe, die Strom verbilligen, aber Gas und Öl verteuern werde.

Hagen Tschoeltsch (F.D.P.), Parlamentarischer Geschäftsführer, sah Raus Rede als „Weisung vom hohen präsidialen Olymp“ aus an, für die Probleme des Landes reiche das nicht. Die Übereinstimmung der SPD mit Rexrodts Kohlefinanzierungssteuer werde von der F.D.P. begrüßt. Die NRW-CDU, das habe er mit Verwunderung zur Kenntnis genommen, sei vollständig auf dem Kohlekurs der SPD. Arm in Arm verlangten sie Subventionen, in voller Höhe. Damit würden Arbeitsplätze im Bergbau gesichert, solche in anderen Branchen aber geopfert. Zur Ehrlichkeit der Politik gehöre, auf die gravierend schlechtere Haushaltslage als 1991 hinzuweisen, die sich noch weiter verschlechtern werde. Wer fair und nicht gruppenegoistisch miteinander umgehe, müsse die alten Vereinbarungen auf den Prüfstand stellen. Es gebe noch Subventionsreserven von jährlich 2,5 Milliarden Mark. Im Bergbau würden nachgewiesene Kosten erstattet, das sei kein Anreiz zu sparen. Die F.D.P. fordere: eine neue degressive Subventionsformel, eine Energiesteuer, auch zur Sicherung des Hüttenvertrages mit zwei Dritteln Bundesbeteiligung, die Prüfung des Mengengerüsts bei der Verstromung, wobei die F.D.P. 35 Millionen Tonnen für zu hoch halte. Außerdem fordere die F.D.P., die Kernenergie im Energiemix zu sichern. Die Ruhrkohle solle Bereiche ausgliedern und verselbständigen.

Professor Dr. Friedhelm Farthmann, SPD-Fraktionsvorsitzender, nannte es „unglaublich dreist“, wie versucht werde, die Verhandlungen über die Kohlefinanzierung mit Zugeständnissen der SPD in der Frage der Kernenergie zu verbinden. „Heute geht es ausschließlich um den Bestand des deutschen Steinkohlenbergbaus“, stellte er klar. „Ein Junktim zwischen Kohle und Kernenergie wird es deshalb auch hier und heute mit uns als SPD-Fraktion nicht geben“, unterstrich der Fraktionsvorsitzende. In Wahrheit gehe es der Bonner Koalition nicht um die Kernenergie, sondern „der Öffentlichkeit einen Schuldigen präsentieren zu können,

der für das Ausbluten des deutschen Steinkohlenbergbaus und der Bergbauregion verantwortlich ist". Der CDU-Antrag sei geschickt gemacht und maßvoll, auf der anderen Seite zeige er den geradezu „zwanghaften Wunsch“, eine Verbindung zur Kernkraft herzustellen, etwa in der Absicht, für diese Art von Kraftwerken eine technische Laufzeit von 40 Jahren festzuschreiben; das sei „absurd“. Rundweg lehnte Farthmann die „einseitige Aufkündigung der Geschäftsgrundlage“ ab, statt des bisherigen Drittels den Bergbauändern die Hälfte der Kohlehilfen „aufzuhalsen“; Bonn müsse seinen Finanzierungsverpflichtungen in dieser nationalen Aufgabe voll nachkommen und nachvollziehen, daß Überkapazitäten bei der Kohle nichts an der vereinbarten Verstromungsmenge änderten. „Wir bestehen deshalb auf der Einlösung der Zusagen der Kohlerunde 1991. Ich fordere vor allem die CDU im Landtag auf, der Bonner Politik in diesem Punkt auf die Sprünge zu helfen. Lassen Sie uns zu einer ehrlichen, wenn auch nach wie vor trotzdem noch schwierigen Politik zurückkehren“!

Dr. Michael Vesper (GRÜNE), Parlamentarischer Geschäftsführer, betonte, Energiepolitik sei nicht nur Kohlepolitik. Die Grünen gäben ein klares Ja zur sozialen Absicherung der Bergleute, ein klares Nein zur Atomkraft ohne Wenn und Aber und ein klares Ja zum nachhaltigen Ausbau der erneuerbaren Energiequellen, ein klares Ja zum Energiesparen im großen Stil, vor allem zum Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung und ein klares Ja zu einer verlässlichen, ehrlichen Perspektive des heimischen Steinkohlenbergbaus ab, ohne jedoch die Menschen über langfristig notwendige Einschränkungen hinwegzutäuschen. Was die Bundesregierung derzeit in Bonn veranstaltet, sei ein unwürdiges, ein schändliches Spiel mit dem Schicksal von Hunderttausenden von Menschen. Die heimische Steinkohle dürfe nicht in einen lebensgefährlichen Sturzflug gezwungen werden. Genau das sei aber nicht zu verhindern, wenn man die versprochene Anschlußfinanzierung streiche. Es sei immer dasselbe Ritual: Eine Kohlerunde verlange dem Bergbau das Zugeständnis ab, drastischen Einschnitten bei der Produktion zuzustimmen. Während die eine Seite der Vereinbarung erfüllt werde, stellten Bundesregierung und Energieversorger alsbald den reduzierten Sockel wieder in Frage und drohten damit, dessen Finanzierung zu kippen.

Carla Boulboulé (fraktionslos) warf der Bundesregierung vor, mit „ihrem politischen Programm der Liquidierung des Bergbaus“ führe sie konsequent EG-Pläne durch, „die auf den radikalen Abbau der Steinkohlenförderung in Europa und der Subventionierung deutscher Kohleförderung drängen“.

Günther Einert (SPD), Wirtschaftsminister, stimmte zu, eine isolierte Kohle-Debatte könne es nicht geben. Energiepolitischer Grundkonsens 1991 sei ein langfristig lebens- und leistungsfähiger, kostenoptimierter Steinkohlenbergbau gewesen. Der subventionierte Abbau sollte bis zum Jahr 2000 von 62 auf 50 Millionen Tonnen und bis 2005 garantiert werden. Von 607 000 Beschäftigten im Jahr 1957 gebe es jetzt noch 110 000, am Ende würden es weniger als 60 000 sein. Deutsche Steinkohle werde nie wettbewerbsfähig sein. Kernfrage sei der nationale Sockel. Das Vereinbarte habe dann schneller umgesetzt werden müssen, auf der Basis des Kompromisses müßten bis 1995 nach



*Ehrliche Perspektive: v. l. Wirtschaftsminister Günther Einert (SPD), Ernst-Otto Stüber (SPD), Marianne Thomann-Stahl (F.D.P.), Dr. Manfred Busch (GRÜNE) und Fritz Kollorz (CDU).
Fotos: Schüller*

12 400 bis zum Jahresende 93 weitere 18 000 Arbeitsplätze abgebaut werden. Wegen der Stahlindustrie müßten weitere Schnitte erfolgen. Die Gewerkschaft habe das mitgetragen wegen der Zusage der Anschlußregelung. Der Bund habe auch Investitionsförderung versprochen, die nicht erfolgt sei. Bei den Standorten in NRW müsse das gekürzt werden, was durch den Vergleich bei Klöckner, bei Saarstahl, Georgsmarienhütte und Maxhütte betrieben werde. Eine zusätzliche Warmbreitbandstraße in Eisenhüttenstadt bedrohe die beiden NRW-Stahlunternehmen in der Existenz. Arbeitsplätze dort im Verarbeitungsbereich müßten in NRW weggeschnitten werden. Zu diesem Opfer sei er bereit. An den energiepolitischen Grundlagen habe sich nichts geändert. Die Energiesteuer solle den Wegfall des Kohlepfennigs ersetzen, müsse aber klar verbucht werden.

Laurenz Meyer (CDU) forderte von der SPD ein Gesamtenergiekonzept. Die CDU sei für einen Energiemix mit der Kohle als zweitem Eckpfeiler; sie sei gegen ein Energieversorgungssystem wie in Frankreich ebenso wie gegen eine Beschränkung auf ausschließlich fossile Brennstoffe. Meyer appellierte: „Lassen Sie uns versuchen, eine nordrhein-westfälische Position für die abschließenden Energiekonsensgespräche aufzubauen, um die Zukunft in unserem Land zu sichern, um die Kohle zu sichern, um die Finanzierung der Kohle sicherzustellen und dann auch ein Energiekonzept zu haben, das die Zukunft unserer Kinder sichert.“

Ernst-Otto Stüber (SPD) warf der CDU vor, sie blende bei ihrem Eintreten für die Kernenergie die Entsorgungsfrage aus. Aber Kernenergie sei nicht das Thema, es gehe einzig und allein um die Anschlußregelung für den Bergbau ab 1995 bis ins nächste Jahrtausend. Es genüge, wenn die CDU dem Wort ihres Fraktionsvorsitzenden beipflichte, daß sie ohne Wenn und Aber zur Kohlevereinbarung stehe. Die Worte von der Kernenergie, vom Energiemix und Gesamt-konzept seien bloße Ablenkungsmanöver.

Marianne Thomann-Stahl (F.D.P.) sagte voraus, bis Anfang 1995 würden SPD und CDU ihre Position noch grundlegend ändern. Rau mache es sich zu leicht. Die Genossen reagierten in vielen Bereichen neuer Technologien sehr verhalten. Kohlepolitik sei Energiepolitik und Teil der Standortpolitik. Zu hohe Arbeitskosten, zu kurze Maschinenlaufzeiten, starre Arbeitszeiten, keine Gewerbeflächen, zuviel Bürokratie erschwerten den Wettbewerb. Völlig neue Produktionsstrategien seien nötig. Die deutsche

Steinkohle wolle der internationale Energiemarkt nicht. Die Arbeitsplätze seien nicht für Jahrzehnte zu halten. Wegen der Zukunft der Kinder und Enkel dürfe nicht, ebenso wie in der Landwirtschaft, gigantisches Volkvermögen vernichtet werden.

Dr. Manfred Busch (GRÜNE) meinte, menschenverachtend sei es, Kraftwerke ans Netz zu lassen und am Netz zu halten, die nicht nachrüstbar seien. Matthiesen sei zuzustimmen, eine neue Kernkraftdiskussion bringe die Kohle um, das sei eine alte grüne Überzeugung. Nur der sofortige Ausstieg gebe der Kohle Zukunft. Angesichts von 50 bis 100 Milliarden Mark Stilllegungskosten sei von billigem Atomstrom nicht zu reden. Für die Grünen sprach sich Busch gegen Atomenergie, gegen die Nordwanderung der Steinkohle und gegen neuen Braunkohle-tagebau aus.

Fritz Kollorz (CDU) wiederholte das Bekenntnis seiner Fraktion zu den Ergebnissen der Kohlerunde 1991, die noch in diesem Jahr verwirklicht werden sollten. Die CDU wolle eine Finanzierung für Verstromung von 37,5 Millionen Tonnen 1996 und 35 Millionen in den Folgejahren bis 2005. Kohlepolitik sei in die gesamte Energiesituation eingebettet, daher sei die verbundene Debatte nützlich. Unbestritten seien ein Entsorgungskonzept und das Energiesparen.

Professor Friedhelm Farthmann (SPD), Fraktionsvorsitzender, schloß diesen Äußerungen die Feststellung an, die Gemeinsamkeiten von SPD und CDU im Interesse der Bergleute durch Zustimmung zu von ihm vorgeschlagenen Änderungen im SPD-Antrag zu beschließen.

Hagen Tschoeltsch (F.D.P.) wiederholte, seine Fraktion stehe zu den Verträgen, wegen der neuen Situation der Wirtschaft und des Haushalts müsse jedoch einvernehmlich an Modifizierungen gearbeitet werden. Die von der Bundesregierung beabsichtigte Finanzierung halbe-halbe beim Hüttenvertrag müsse mit verhandelt werden.

Dr. Helmut Linssen (CDU) bezog sich auf seine Rede vor 80 000 Bergleuten in Bochum, die mit dem CDU-Antrag identisch sei, und zitierte seine Äußerungen zum Verbund von Kohle und Kernenergie.

Dr. Michael Vesper (GRÜNE) kündigte ebenfalls Zustimmung zum gemeinsamen Antrag als kleinstem gemeinsamen Nenner an. Eine verlässliche Perspektive müsse aber darüber hinausgehen. Deshalb übernehme die GRÜNE-Fraktion den SPD-Antrag und stelle ihn erweitert um den eigenen als Gesamtkunstwerk zur Abstimmung.

CDU für mehr Sicherheit durch ehrenamtlichen Hilfspolizeidienst

Heinz Paus (CDU) sagte, der Antrag sei im Vorfeld heftig kritisiert und bewußt mißverstanden worden. Dinge, wie eine private Bürgerwehr, seien hineingeheimnist worden. Es gehe aber um ehrenamtliche Arbeit der Bürger in der Polizei. Die CDU habe sich das nicht leicht gemacht. Sie habe sich Erfahrungen anderswo angesehen und ausgewertet sowie Fachgespräche mit Polizeibeamten geführt. Als Ergebnis beantrage sie das freiwillige Engagement als Beitrag zu mehr Sicherheit. Interessierte Bürger sollten eine Zeitlang geschult werden und dann in Parks, auf Friedhöfen und in Naherholungsgebieten Patrouille gehen. Sie sollten Objektschutzaufgaben wahrnehmen, auch bei Asylbewerberunterkünften. Daneben gehe es um Hilfs- und Ordnungsdienste bei Veranstaltungen. Über die Rechte für jedermann hinaus sollten sie Personalien feststellen dürfen. Sie würden hoheitlich, aber nur ehrenamtlich, gegen eine Aufwandsentschädigung tätig. Sicherheit vor Ort unter Kontrolle der Polizei sei besser, als wenn sich Bürger privat organisieren. Der Polizei sollten auch Überstunden in großem Umfang erspart werden. Schließlich verspreche sich die CDU davon auch ein Stück Bürgernähe sowie eine weitere Demokratisierung der Polizei. In Berlin gebe es 2 600 Bürger in der Freiwilligen Polizeireserve, bei ganzen sechs habe es Probleme gegeben. Durch langjährige Verpflichtung wie bei Feuerwehr und THW solle es auch eine Alternative zum Wehrdienst geben. Der zusätzliche Aufwand lohne sich für die Polizei. Die CDU empfehle in NRW wenigstens einen Modellversuch.

Egbert Reinhard (SPD) hielt das Anliegen für einen Ladenhüter als Antwort auf ansteigende Kriminalität und beeinträchtigtes Sicherheitsempfinden der Bevölkerung. Die SPD lehne diese abenteuerlichen Pläne einer Feierabendpolizei ab. Das staatliche Gewaltmonopol gebe den Rahmen für ein angstfreies Leben und dürfe nicht ausgehöhlt werden. Das Gewaltmonopol beinhalte die Pflicht zu einer effektiven und qualifizierten Polizei. Ihre Arbeit sei im gehobenen Dienst anzusiedeln. Eine bürgernahe Polizei werde gebraucht, keine Bürgerwehr. Das geübte Gespräch müsse eine der wichtigsten Waffen sein. Falsche Worte könnten Streit verschärfen. Quer durch das gesamte Bundesgebiet lernten Polizisten in teuren Seminaren, Konflikte mit Randalierern, Verkehrs-sündern, Demonstranten, Gewalttätern zu bewältigen. Angelernte Amateurpolizisten auf die Bürger loszulassen, schaffe kein Vertrauen. Auch der Polizei seien die Amateure nicht zuzumuten. Juristische Ausbildung, Körpertraining, Selbstverteidigung, Schießausbildung seien denen fremd. Die Kriminellen schreckten vor Gewalt nicht zurück. Es wäre unverantwortlich, professionellen Verbrechern Laienschauspieler gegenüberzustellen.

Dagmar Larisika-Ulmke (F.D.P.) erwiderte, die erwünschte Sicherheit könne nicht mehr geleistet werden, auch finanziell nicht mehr. Über den CDU-Antrag müsse gesprochen werden. Die Situation der inneren Sicherheit sei mittlerweile dramatisch. Mehr und mehr Abgeordnete würden vor Ort damit befaßt. Präsenz bringe mehr Sicherheitsgefühl, das sei positiv. Warum sollten nicht andere für die Polizei etwas erledigen, wie die Schüler-

SPD hält nichts von Freizeitsheriffs

Der CDU-Antrag „Sicherheit durch Einbindung der Bürger in die Kriminalitätsbekämpfung“ (Drs. 11/6000) wurde nach der Aussprache am 6. Oktober in die Ausschußberatung überwiesen. Vom SPD-Redner wurde das Anliegen abgelehnt. Die F.D.P.-Rednerin sah ernsthaften Beratungsbedarf, während der Grünen-Redner eine Politik des starken Staates ablehnte. Innenminister Schnoor zog mehr Stellen einer freiwilligen Sicherheitswacht bei der Polizei vor.

lotsen den Schulweg sicherten. Warum sollten engagierte Bürger nicht einbezogen werden. Sie teile die Bedenken, daß sich dafür Law-and-order-Leute meldeten. Aber von vornherein Nein zu sagen, wage sie nicht. Die Probleme brennen auf den Nägeln. Daß sich jeder seine eigene Sicherheit kaufe, wolle sie nicht. Dinge zu sehen und zu beobachten, zeige dem Mitbürger, daß einer für sie da sei, und das sei positiv in einer Zeit, wo sich immer mehr Bürger abkapselten.

Roland Appel (GRÜNE) wandte ein, es gebe andere Mittel als Polizei, um Gefühlskälte zu bekämpfen, die sich in der Ellbo-

Innenminister Dr. Herbert Schnoor (SPD) stimmte zu, bei der inneren Sicherheit die Bürger einzubeziehen. Das Gespräch solle sachlich und nüchtern fortgesetzt werden. Beim Vergleich mit der freiwilligen Feuerwehr blieben die Kompetenzen außer acht. In den letzten zehn Jahren bis 1990 sei die Kriminalität nicht gewachsen. 1991 und 1992 hätten sich Eigentumsdelikte jedoch verdreifacht. Das habe externe Ursachen und mit dem Zusammenbruch des Kommunismus zu tun. Kriminalitätsfurcht habe zunächst nicht unmittelbar mit wachsender Kriminalität zu tun und werde auch durch Medien genährt.



Staatskanzleiminister Wolfgang Clement (SPD, l.) ist am 6. Oktober als Abgeordneter verpflichtet worden. Landtagsvizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose (r.) nahm für die erkrankte Landtagspräsidentin die Verpflichtung des aus Bochum stammenden und in Bonn ansässigen Politikers vor und wünschte ihm „ein gutes Wirken im Kreise dieses Hauses“. Clement rückte nach der Landesreserveliste der SPD für Dr. Wilhelm Vollmann nach.

Foto: Schüler

gengesellschaft breitgemacht habe. Der CDU-Vorschlag sei sehr gefährlich, mancher Gedanke aus der CSU sei wohl eingeflossen. Die CDU habe ein zutiefst gestörtes Verhältnis zum staatlichen Gewaltmonopol. Bei der Kölner U-Bahn patrouillierten jetzt unbewaffnete Angestellte mit Hunden, die die Besoffenen, Obdachlosen und Junkies vertrieben. Soziale Probleme löse das aber nicht. Der CDU-Antrag habe, wie aus der Begründung ersichtlich, etwas mit dem Wahlkampf 1994 zu tun. Die Oma solle so richtig Angst kriegen um ihre Handtasche. Beim Handtaschenraub gebe es einen Rückgang. Die CDU habe es versäumt, organisierte Kriminalität im Umweltbereich, in der Wirtschaft, beim Drogen- und Waffenhandel zu bekämpfen. Sie versuche, die Gewaltspirale mit mehr Staat und schärferen Gesetzen voranzutreiben.

Heinz Paus (CDU) bedauerte eine Reihe von Vorurteilen der Redner, die teilweise den CDU-Antrag nicht richtig gelesen hätten. Die CDU wolle ehrenamtliche Mitarbeiter in den Reihen der Polizei. Der Einsatz von Geld sei im Sinne von Kosten-Nutzen-Relation vertretbar, wie aus Berlin zu hören sei, weil für bescheidene Mittel eine hohe Präsenz sichergestellt werde.

Manfred Lucas (SPD) erklärte, das Vertrauen der Bevölkerung in die Polizei hänge nicht vom Personaldefizit ab. Mit der Entlastung von vollzugsfremden Aufgaben werde den Betroffenen Abenteuerliches zugemutet. Statt Leumund, Charakter, Belastbarkeit solle nach Rechtswissen, Verhältnismäßigkeit der Mittel, Akzeptanz von Gerechtigkeit und nach Konfliktbewältigung gefragt werden.

SPD-Entwurf soll Landesrechnungshof stärken

Das seit 1972 unveränderte Gesetz über den Landesrechnungshof (LRHG) soll nach dem Willen der SPD-Fraktion geändert werden, um das „Organisationsrecht des LRH auf der Basis gewonnener Erkenntnisse fortzuentwickeln, um eine Effizienzsteigerung der Finanzkontrolle zu ermöglichen“. Neben einer Reihe von zu aktualisierenden Einzelregelungen sollte, so die SPD, das System der Entscheidungszuständigkeiten innerhalb des LRH neu geregelt werden, um den Prozeß der Entscheidungsfindung innerhalb des LRH zu verbessern. Über den Gesetzentwurf (Drs. 11/6029) beriet am 6. Oktober der Landtag in erster Lesung und überwies ihn zur weiteren Erörterung an den Ausschuß für Haushaltskontrolle.

Walter Greverer (SPD) beklagte, die anderen Fraktionen hätten sich bislang geweigert, aus dem Vergleich mit anderen Rechnungshöfen gemeinsame Konsequenzen für eine bessere Finanzkontrolle im Lande zu ziehen: „So bringen wir von der SPD-Fraktion mit unserer Gesetzesinitiative das auf den Weg.“ In anderen Rechnungshöfen werde die Ausgeglichenheit der Tätigkeit dadurch gesichert, daß „nicht ein kleines Gremium — wie bei uns ein aus drei Personen bestehender Senat — über die Beiträge zum Jahresbericht entscheidet, sondern ein größeres Gremium, in dem der Präsident und der Vizepräsident ebenso vertreten sind wie die Abteilungsleiter“. Durch die Beratung und fachliche Fundamentierung des Rates oder der Beanstandung in diesem Gremium erhielten die LRH-Berichte ein stärkeres Gewicht.

Helmut Diegel (CDU) riet der SPD, offen zu sagen, daß keine Haushaltskontrolle mehr gewünscht werde und an ihre Stelle eine Beratung trete, „in der es keine Kritik mehr gibt“. Wenn ein sogenanntes Kontrollgremium eingeführt werde, dann wisse die SPD genau, „daß es politisch mit einer absoluten Mehrheit der SPD besetzt ist“. Dann säßen die richtigen Leute in diesem Gremium, „um Kritik nicht mehr gemäß Paragraph 99 Landeshaushaltsordnung in den Landtag kom-

men zu lassen. Das ist etwas, was mit Zensur zu tun hat.“ Das sei ein Maulkorb, „den der Landesrechnungshof und auch das Land Nordrhein-Westfalen nicht verdient haben“. Anstatt die LRH-Kontrollrechte tatsächlich zu stärken und etwa auf Prüfungen des WDR oder der WestLB auszudehnen, werde versucht, die Öffentlichkeit zu „verdummdeuweln“ und „einen Schleier über uns zu stülpen und ganz klammheimlich einen Anschlag auf die demokratischen Rechte eines Ausschusses zu verüben“. Diesem Ausschuß sollten vielmehr ähnliche Rechte wie einem Untersuchungsausschuß gegeben werden, forderte Diegel.

Dr. Horst-Ludwig Riemer (F.D.P.) warf der SPD vor, ihr gehe es bei dem Gesetzentwurf vor allem darum, die Struktur des LRH grundsätzlich zu verändern: „War der Rechnungshof bisher jedenfals mehr nach Art der Gerichte organisiert — deswegen hieß es auch Senat, und die Mitglieder des Rechnungshofes genießen richterliche Unabhängigkeit —, soll gemäß der im Gesetzentwurf vorgesehenen Struktur daraus eine Organisation gemacht werden, die mit den Prüfungsabteilungen mehr einem Ministerium ähnelt.“ Die Konstruktion des großen Kollegiums sei ein „Informationsverhinderungsmechanismus“, es diene dazu, die Information für die Regierung „ungefährlicher“ zu machen. In Zeiten von Politik- und Staatsverdrossenheit sei eine solche Einschränkung der Unabhängigkeit der Kontrolle und die Ausrichtung der Kontrolle nach dem Mehrheitsverhältnis des Parlaments und der Regierung ein weiterer Grund zum Mißtrauen und zur Ablehnung der politischen und staatlichen Institutionen. Mit Blick auf die richterliche Unabhängigkeit sah es Riemer als verfassungsrechtlich nicht durchhaltbar an, daß die Entscheidungen des großen Kollegiums auch die LRH-Mitglieder binden, die in diesem Gremium nicht vertreten sind. Wenn dann auch künftig die fachliche Eignung nicht mehr Voraussetzung für die Ernennung sei, dann werde „das Schwert der Haushaltskontrolle nicht geschärft, sondern durch den SPD-Entwurf verbogen und stumpf gemacht“.

Dr. Manfred Busch (GRÜNE) attestierte dem LRH hervorragende Arbeit, wenn man vom „Ausreißer Gleichstellungsministerium“ absehe. Darum sehe er nicht ein, den LRH stärker auf die Unterstützung von Landtag und Landesregierung auszurichten, wie die SPD dies plane. Welche Erkenntnisse seien es eigentlich, die dazu geführt hätten, den Gesetzentwurf vorzulegen, wollte er wissen und meinte, die SPD habe die „Hierarchisierung“ des LRH vor, die richterliche Unabhängigkeit werde zwar nicht angetastet, „aber die Vollendung dieser richterlichen Tätigkeit, nämlich die Information der Öffentlichkeit, findet nicht mehr statt“.

Reinhold Trinius (SPD) verteidigte den Entwurf gegen die einzelnen Vorwürfe und legte dar: „Es geht um die Stärkung des Landesrechnungshofs.“ Das große Kollegium gebe es in vielen anderen Landesrechnungshöfen und beim Bundesrechnungshof. Man brauche nicht nur Leute mit Befähigung zum Richteramt oder höheren Verwaltungsdienst, sondern müsse darüber nachdenken, „wie wir in einem moderner werdenden

Ja und Nein zu Kooperation von Haupt- und Realschule

Die F.D.P. hat bei der Beratung ihres Antrages „Neue Perspektiven der Schulentwicklung durch Modellversuche ‚Regionale Schule‘ — Experimentierklausel auch ins Schulrecht“ sowie ihres Gesetzentwurfes zur Entdogmatisierung der Schulpolitik Rahmenbedingungen für die Kooperation von Haupt- und Realschulen empfohlen. Beide Vorlagen wurden einstimmig an den Ausschuß für Schule und Weiterbildung überwiesen.

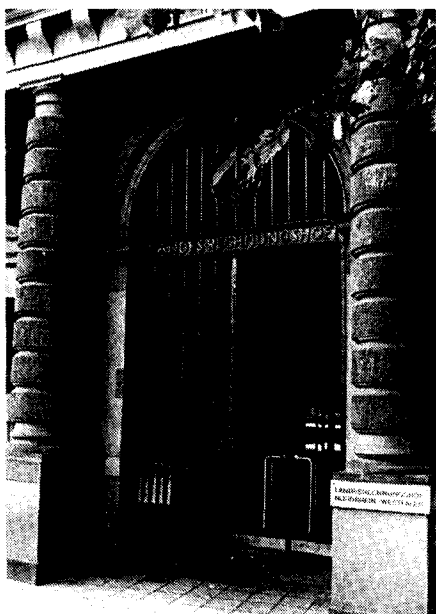
Andreas Reichel (F.D.P.) befürwortete die Einfügung einer Experimentierklausel ins Schulrecht: Rahmenbedingungen für die Kooperation von Haupt- und Realschulen, die dann frei kombinierbar sein sollten. Inwieweit daraus vor Ort eine Schule werde mit einem Unterricht für alle, das solle auch vor Ort entschieden werden. Es sollten auch Hauptschullehrer und Realschullehrer gemeinsam eingesetzt werden.

Hans Frey (SPD), Schulausschußvorsitzender, meinte, die F.D.P. habe sich jetzt eine schlaue Strategie ausgedacht, wie sie ihr Modell der kombinierten Hauptrealgesamtschule durchsetzen könne und sei dabei auf den Trichter mit der Experimentierklausel gekommen. Solche Mätzchen habe die F.D.P. doch eigentlich gar nicht nötig. Sie habe doch eine klare Position in dieser Frage, die „ich ausdrücklich nicht teile“.

Beatrix Philipp (CDU) betonte, die CDU habe sich immer für einen fairen Wettbewerb zwischen den Schulformen ausgesprochen. Das Anliegen, im Prinzip zu ortsnahen und flexiblen Lösungen zu kommen, teile man ganz vehement: Weg von den nicht mehr zu bezahlenden Großsystemen. Auch das seien ja Dinge, die die SPD mittlerweile zugebe und erfahre, und es bleibe nur übrig, daß sie daraus ihre Konsequenzen ziehe.

Brigitte Schumann (GRÜNE) kritisierte, die F.D.P. gebe ihre bildungspolitischen Vorschläge mit der Vokabel „undogmatisch“ aus, aber es handele sich in Wirklichkeit um eine raffinierte, dem Trend der Zeit folgende Vermarktungsstrategie für ein Modell, „welches Sie uns schon früher angedient haben, nämlich Ihr Zwei-Säulen-System“. Diesmal wolle sich die F.D.P. mit der Möglichkeit des Modellversuchs in die Bildungslandschaft einmengen.

Wissenschaftsministerin Anke Brun (SPD) erklärte für den erkrankten Kultusminister, die F.D.P. fordere die „Regionale Schule“, die etwa so wie das Zwei-Säulen-Modell aussehe, nur mit einem anderen Namen. Die F.D.P. sage, das sei preiswerter, davon könne aber gar nicht die Rede sein. Denn ein neuer Schultyp, wie ihn die F.D.P. vorschlage, werde mit Sicherheit auch mehr Geld kosten, weil man dann an bestimmten Stellen auf funktionsfähige Hauptschulen verzichten müsse, wenn man diesen Schultyp stark genug machen wolle.



In der Debatte: der Landesrechnungshof, in Düsseldorf am Hauptbahnhof gelegen. Foto: Archiv

Staat volkswirtschaftliche, betriebswirtschaftliche, technische und ingenieurwissenschaftliche Kompetenz in unseren LRH mit hineinbekommen“.

Modernisierte Rechtsgrundlage soll Sparkassen für den Wettbewerb rüsten

Nach eingehender Debatte hat der Landtag am 6. Oktober den Gesetzentwurf der Landesregierung zur Änderung des Sparkasengesetzes und über den Zusammenschluß der Sparkassen- und Giroverbände (Drs. 11/6047) an den federführenden Haushalts- und Finanzausschuß überwiesen. Mit dem neuen Gesetz soll „ohne Preisgabe bewährter Strukturen des geltenden Rechts sichergestellt werden, daß sich die nordrhein-westfälischen Sparkassen und die WestLB auch unter den verschärften Wettbewerbsbedingungen des einheitlichen europäischen Finanzbinnenmarktes auf Dauer behaupten und ihre Leistungsfähigkeit steigern können“.

Finanzminister Heinz Schluëßer (SPD) hielt ein modernes Geschäftsrecht für nötig, um einen leistungsstarken und wettbewerbsfähigen Finanzdienstleistungssektor in öffentlich-rechtlicher Trägerschaft zu erhalten. Dabei blieben die tragenden Leitprinzipien des geltenden Rechts erhalten, be-

Hartmut Schauerte (CDU) drückte den Willen aus, „daß sich bei diesem Gesetzgebungsverfahren wirklich etwas bewegt“. Seine Fraktion wolle, daß die Sparkassen und die Landesbank beziehungsweise die Landesbanken noch viel stärker als in der Vergangenheit ganz normal in den Wettbewerb gestellt würden und alles, was daran hindere, abgeschafft werde. Ein weiterer Grundsatz sei, daß man möglichst wenig Regulierung wolle und den Verbänden in der Frage der Aufsicht mehr Zuständigkeiten geben sollte. Weniger Regulierung „heißt natürlich auch jede Zwangsvermeidung“; das gelte für die Fusion von Sparkassen ebenso wie für die Verbände.

Rudolf Wickel (F.D.P.) machte darauf aufmerksam, nur Sparkassen mit jährlichen Bilanzsummen zwischen einer und drei Milliarden Mark könnten langfristig auf dem Wettbewerbsmarkt überleben. Da werde es zwangsläufig zu Fusionen kommen, wenn auch sein „kommunalpolitisches Herz“ für



Über die Gratwanderung der Sparkassen zwischen öffentlichem Auftrag und Bestehen im Wettbewerb (v.l.): Finanzminister Heinz Schluëßer, Günter Harms (beide SPD), Hartmut Schauerte (CDU), Rudolf Wickel (F.D.P.) und Dr. Manfred Busch (GRÜNE).
Foto: Schüller

tonte er; Privatisierungstendenzen werde eine deutliche Absage erteilt. Was die Vereinigung der beiden westfälischen und rheinischen Sparkassen- und Giroverbände angehe, so sei eine freiwillige Fusion weiterhin das Ziel, „der Landesregierung wird aber hilfsweise die Möglichkeit eingeräumt, eine Vereinigung unter Beteiligung der zuständigen parlamentarischen Ausschüsse anzuordnen“. Er werde ein Gutachten in Auftrag geben, um „eine objektivierte Grundlage über das Für und Wider einer Verbändefusion zu erhalten“.

Günter Harms (SPD) begrüßte für seine Fraktion den Gesetzentwurf. Er zeigte sich zufrieden, daß der Finanzminister das angekündigte Gutachten einholen will und daß zu dem Gesetzentwurf noch eine Anhörung stattfinden wird. Es sei gut, daß der öffentliche Auftrag der Sparkassen unterstrichen und hervorgehoben werde, daß sie Wirtschaftsunternehmen der Gemeinden seien. Harms erwähnte zudem positiv, daß künftig einem begrenzten Kreis von juristischen Personen die Möglichkeit eingeräumt werde, sich an Sparkassen zu beteiligen — das stärke die Eigenkapitalbasis und verhindere, da Private nicht zum Zuge kämen, die Privatisierung der Sparkassen.

den kommunalen Wirtschaftsbetrieb Sparkasse mit ihrem „segensreichen Handeln für viele soziale, kulturelle und jugendfördernde Maßnahmen“ schlage. Er wolle sich und seine Fraktion nicht in irgendeiner Weise zur beabsichtigten Fusion der beiden Verbände festlegen, aber hier sei mit Blick auf den EG-Binnenmarkt Handlungsbedarf gegeben. Da müsse im Zweifelsfall das Regionalprinzip zurückstehen. Wenn man die einzelnen Komponenten des Entwurfs betrachte, dann handele es sich um ein „modernes Sparkasengesetz“.

Dr. Manfred Busch (GRÜNE) sah im konkreten Geschäftsgebaren der Sparkassen keinen öffentlichen Auftrag mehr — im Gegenteil, was hochtrabend mit „Förderung des Sparsinns und der Vermögensbildung“ bezeichnet werde, sei angesichts der Realverzinsung der Einlagen nichts als Enteignung. Zudem störe ihn der „Filz zwischen lokaler Politik und Sparkassen“. Es gebe auch nicht die behauptete Zwangsläufigkeit zwischen Fusion von Sparkassen und Verbesserung der Wirtschaftlichkeit. Es sei auch fragwürdig, daß mit der angestrebten Verbesserung der Eigenkapitalbasis die Gewinnausschüttungen an die Kommunen eingeschränkt werden — und dies bei der Finanznot der Gemeinden.

CDU zur Wirtschaftslage:

„Regierung redet, statt zu handeln“

Die Katastrophenstimmung an Rhein und Ruhr, Alarmmeldungen der Wirtschaft und der monatliche Verlust von 13 000 Arbeitsplätzen im Lande haben die CDU-Fraktion veranlaßt, für den 8. Oktober eine Aktuelle Stunde unter dem Thema „Kann der drohende dramatische Arbeitsplatzexport aus NRW noch verhindert werden?“

Laurenz Meyer (CDU) beschrieb die Situation: „Unsere Wirtschaft in NRW liegt auf der Intensivstation, und die Landesregierung versucht es mit Heilkräutern!“ Es werde geteilt, statt zu handeln, der Landwirtschaftsminister zum „Schönredner“ degradiert und die SPD verlange mit dem Minister eine Energiesteuer, die die Wirtschaft mit 20 Milliarden Mark mehr belaste. Der Minister habe zwar die Lage begriffen, ja, er empfehle teilweise die richtigen Rezepte, zur Durchsetzung fehlten aber ihm, der Regierung und der SPD Durchsetzungskraft, das sei das „Tragische an der Situation“.

Wirtschaftsminister Günther Einert (SPD) wies das Argument vom Arbeitsplatzexodus zurück: „Auslandsinvestitionen der exportabhängigen Wirtschaft müßten als Festigung und Stärkung des heimischen Standorts durch Stützpunkte in ausländischen Märkten gewertet werden. Produktionsverlagerungen führe selbst die Wirtschaft nicht zuerst auf hohe Löhne und Steuern zurück, viel wichtiger seien die auf den Markt orientierten Motive. In der „bundesweit miserablen“ Situation halte sich NRW noch gut; wichtiger als alles Krisengerede sei aktives Gegensteuern und die Solidargemeinschaft aller Verantwortlichen, um Konflikte gemeinsam zu lösen.“

Hagen Tschoeltsch (F.D.P.) verlangte, Prioritäten und Investitionen in den Bereichen zu verstärken, „wo wir Weltspitze sind“. Es müsse mehr geforscht und die Produktinnovation vorangetrieben werden, was aber angesichts der technologiefeindlichen Hemmnisse im Land nicht immer leicht sei. Es müßten auch neue Gedanken zum zweiten Arbeitsmarkt (Tschoeltsch: „Mit einem System der Überführung in den ersten“) entwickelt werden. Angesichts der Lage genüge die vom Minister beschworene „Moderatorenrolle“ nicht; er müsse sich auch gegen Widerstände im Kabinett durchsetzen und benötige viel „Power“, um seinen Gedanken zur Mehrheit zu verhelfen.

Ernst-Otto Stüber (SPD) warnte davor, aus der Krise politisches Kapital zu schlagen und sie zu nutzen, um etwa die Gewerkschaften zu zerschlagen. Die Wirtschaft wäre schon um 40 Milliarden von Kosten zu entlasten, wenn der Beitrag zur Arbeitslosenversicherung auf das frühere Niveau gesenkt und eine Arbeitsmarktabgabe für alle eingeführt würde. Man dürfe den Standort Deutschland nicht kaputtreden oder den Eindruck einer „Sonderkrise NRW“ zu erwecken versuchen.

Daniel Kreutz (GRÜNE) wertete die „Angstkampagne Standort“ als „Generaloffensive zur grundlegenden Veränderung dieser Republik“. Die Koalition von Kapital und Bonner Kabinett habe eine Auseinandersetzung von historischem Charakter vom Zaun gebrochen, um mit der Angst von Millionen um ihre Arbeitsplätze Arbeitnehmer und Gewerkschaften gefügig zu machen.

Sport baut Streß und soziale Benachteiligung ab

Das Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes für das Haushaltsjahr 1994, speziell der 16. Landessportplan aus dem Einzelplan 05 des Kultusministeriums, der Einzelplan 06 Kapitel 06150 – Deutsche Sporthochschule Köln (DSH) – und § 23 des Gemeindefinanzierungsgesetzes 1994 (Zuweisungen zu Sportstättenbauten) standen im Vordergrund der Haushaltsberatungen des Sportausschusses am 27. September und 4. Oktober unter Vorsitz von Hans Rohe (CDU).

Wie Staatssekretär Dr. Friedrich Besch (Kultusministerium) erklärte, sei täglich in allen Bereichen des öffentlichen und privaten Lebens zu erleben, daß die Bewahrung des Erreichten nicht mehr eine Selbstverständlichkeit sei. Auch nur das Erreichte zu bewahren, bedeute gewaltige Anstrengungen. Der Sport sei nicht ausgenommen. Im Durchschnitt sei bei allen Sachausgaben eine Kürzung gegenüber den Ansätzen des Vorjahres um etwa fünf, bei den Zuschüssen an Dritte um rund zehn und bei den Investitionen um 30 Prozent vorgesehen.

Gemeinsam mit dem Landessportbund (LSB) werde das Programm „Sport mit ausländischen Mitbürgern/innen“ ausgebaut. Es umfasse zur Zeit 26 Standorte. Eine weitere Ausdehnung mit neuen Ansätzen sei geplant. Damit unterstütze der Sport die soziale Integration der in NRW lebenden Ausländer/innen. LSB und Landesregierung führten das bundesweit größte Programm „Sport mit Aussiedlern“ durch. 43 Kreis- und Stadtsportbünde oder Fachverbände mit über 350 Sportgruppen/Sportvereinen hätten sich angeschlossen. Das Kultusministerium fördere dieses Programm mit 280 000 Mark pro Jahr. Es sei vorgesehen, dieses Programm auch 1994 fortzuführen und die Sportorganisation bei ihrer Arbeit entsprechend zu fördern. Der Bund kürze seine Förderungen in erheblichem Umfang. Sollten diese Mittel ganz eingestellt werden, müßte auch das Landesprogramm von der Konzeption her überdacht werden.

Als Beitrag zur Gewaltprävention werde seit 1993 das Projekt „Sport in der Lebenswelt sozial benachteiligter junger Menschen“ in Zusammenarbeit mit der Sportjugend durchgeführt. Im Vorjahr waren zwölf Kreis- und Stadtsportbünde in das Projekt eingebunden. Es werden hiervon Handlungskonzepte erwartet, die den Sport zu einem festen Bestandteil sozialer Betreuungsarbeit nicht nur in den Vereinen, sondern auch in ihrer Zusammenarbeit mit anderen Trägern der Jugendarbeit werden lassen. Diese Maßnahmen können ihre Wirkung jedoch nur vor Ort entfalten. Dazu werden gesunde und lebensfähige Sportvereine gebraucht. In NRW gestalten etwa 350 000 ehrenamtliche Mitarbeiter/innen in 20 000 Sportvereinen diese Arbeit. Ohne ihr Engagement wären die Ziele sonst nicht zu verwirklichen.

In der auswärtigen Sitzung am 27. September nahm der Sportausschuß Berichte der Deutschen Sporthochschule (DSH) über die Situation der Hochschulbibliothek, „Europäische Studien“ an der DSH, den beruflichen Werdegang von Diplomsportheimern/innen, eine Darstellung zur Reform des Diplomstudiums und zu den Forschungsschwerpunk-

Ausschuß Verwaltungsstrukturreform prüft Kosten

Der Gesetzesentwurf der Landesregierung zur Verwaltungsstrukturreform ging am 29. September in die erste Beratungsrunde. Dieses Artikelgesetz berührt wichtige Eckpunkte des Aufbaus der staatlichen Verwaltung in Nordrhein-Westfalen. Änderungen in der Umweltverwaltung sind ebenso angesprochen wie die staatliche Bündelungsbehörde „Regierungspräsident“.

Zunächst folgte der Ausschuß dem Vorschlag des Vorsitzenden Ulrich Schmidt (SPD) und debattierte den Antrag der CDU „Gewerbeaufsicht in eine Hand“. „Es wäre für die Beratung des Verwaltungsstrukturgesetzes sehr hilfreich, wenn der Ausschuß möglichst bald zu einem Beschluß hinsichtlich des Problemkreises Umweltschutz und Arbeitsschutz käme“, so Ulrich Schmidt (SPD).

Die Landesregierung plant bekanntlich, den Immissionsschutz gemeinsam mit den Aufgaben der bisherigen Staatlichen Ämter für Wasser- und Abfallwirtschaft in neuen Umweltämtern zusammenzufassen und den Arbeitsschutz zu verselbständigen. Hiergegen richtet sich der Antrag der CDU. Im Kern geht es ihr darum, die bestehende Vollzugseinheit von Arbeitsschutz und Immissionsschutz beizubehalten. Verselbständigte Arbeitsschutzämter könnten nicht auf Akzeptanz in Betrieben der zu überwachenden Unternehmen stoßen. Heinz Paus (CDU) begründete den Antrag auch mit den Ausführungen von Professor Dr. Ellwein, der bei der Anhörung der Wissenschaftler sogar für ein einheitliches Wirtschaftsaufsichtsausschüsse eingetreten war. Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN äußerte Frau Dr. Grüber völliges Unverständnis. Es sei überhaupt kein nachvollziehbarer Grund für die „Zerschlagung“ der Gewerbeaufsicht erkennbar, und auf die Kritik der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Gewerbeaufsicht zu diesem Projekt würde auch nicht ansatzweise eingegangen. Demgegenüber erläuterte Stefan Frechen (SPD) noch einmal umfangreich die Gründe, die für eine Konzentration in der Aufgabenwahrnehmung im medienübergreifenden Umweltschutz und für einen umfassenden Arbeitsschutz aus seiner Sicht sprechen. Dr. Rohe (F.D.P.) ging noch einen Schritt weiter und machte die vollständige Verlagerung der Aufgaben im Arbeitsschutz auf die Berufsgenossenschaften zum Thema.

Bei diesem Meinungsspektrum war eine einstimmige Behandlung des Antrages nicht mehr zu erwarten. Die Mehrheit lehnte den Antrag im Ausschuß ab, das Votum wird dem federführenden Ausschuß für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge in diesen Tagen zugehen.

Damit war der Weg frei für die Beratung des ersten Verwaltungsstrukturreformgesetzes. Ulrich Schmidt (SPD) erläuterte zunächst die Schwerpunkte des Regierungsentwurfes: Umsetzung des Konzeptes „Umweltver-

ten und Drittmittelbewilligungen an der DSH entgegen. Außerdem informierten sich die Parlamentarier über die wissenschaftliche Arbeit in den Instituten für Biochemie, experimentelle Morphologie und im Institut für Biomechanik.

In seiner Sitzung am 4. Oktober setzte der Ausschuß seine Haushaltsberatungen fort.

waltung 2000“, Reorganisation der staatlichen Bauverwaltung, sächliche Behördenbezeichnungen für Ministerien und Bezirksregierungen im Landesorganisationsgesetz. Harten Fragen sahen sich die Vertreter der Landesregierung gegenüber, und diese betrafen zunächst einmal die Kosten, die im Gesetzesentwurf mit rund 70 Millionen Mark angegeben werden, wobei Erlöse für aufgegebene Gebäude offenbar noch nicht vollständig gegengerechnet waren. An den Details dieser Aufstellung wurde dann auch von einzelnen Abgeordneten zum Teil heftige Kritik geübt. Bezweifelt wurde zum Beispiel von Frau Dr. Grüber (GRÜNE) die Sinnfälligkeit des Konzeptes, den Standort der neuzuschaffenden Landesanstalt für Ökologie, Bodenordnung und Forsten auf Essen und Recklinghausen aufzuteilen.

Nach dieser ersten Beratungsrunde steht fest, daß CDU, GRÜNE und F.D.P. sich bereits heute mit dem Gedanken tragen, Änderungsanträge einzubringen. Auch ist geplant eine Anhörung durchzuführen. Der Ausschuß will mit großer Sorgfalt an seine Aufgabe gehen, der Landesregierung wäre allerdings an einer zügigen Verabschiedung dieses Gesetzes gelegen.

Da mit dem ersten Verwaltungsstrukturreformgesetz Grundelemente des Verwaltungsaufbaus des Landes Nordrhein-Westfalen angesprochen sind, wurde die Debatte mit dem Generalthema „Aufbau der Landesverwaltung“ fortgesetzt. Ulrich Schmidt (SPD) wies darauf hin, daß sich der Ausschuß seit März mit der Frage der staatlichen Mittelinstanz beschäftige. Er trete dafür ein, daß gerade hinsichtlich dieses Eckpunktes des Verwaltungsaufbaus Klarheit herrschen sollte, bevor eine Beschlußempfehlung zum Verwaltungsstrukturgesetz abgegeben werden könne. In der anschließenden Diskussion vertraten alle Ausschußmitglieder den Standpunkt, daß nach derzeitigem Kenntnisstand eine staatliche Mittelinstanz unverzichtbar sei, die als Bündelungsbehörde ausgestaltet sein müsse. Sonderbehörden können danach nur in besonders begründeten Fällen eine effektive Verwaltungsorganisation darstellen. Für die seit den 70er Jahren immer wieder diskutierte Alternative „Regionalkreis“ als höheren Kommunalverband wollte im Ausschuß niemand plädieren.

Die Auffassungen im Ausschuß scheinen hinsichtlich dieser Strukturelemente gefestigt. Die Abgeordneten würdigten in diesem Zusammenhang das dem Ausschuß vorliegende Gutachten von Professor Dr. Ellwein zu den Landschaftsverbänden als hochinteressanten und wichtigen Diskussionsbeitrag. Dieses Gutachten, das im Ergebnis die Funktion der Landschaftsverbände stärken und die Rolle staatlicher Behörden verringern will, wird wahrscheinlich in den Debatten des Ausschusses noch häufiger zitiert werden, wenn es um die Aufgaben bei Bezirksregierungen, Landschaftsverbänden und Kommunalverband Ruhrgebiet geht.

Anträge wurden nicht gestellt. Sie bleiben der in Kürze folgenden Antrags- und Abstimmungssitzung vorbehalten.

Über die „Wissenschaftliche Untersuchung Kinder, Jugend und Sport in NRW 1992“ berichtete das Kultusministerium. Dem Ausschuß lag die Kurzfassung eines Gutachtens

Fortsetzung Seite 16

„Sucht ist keine Entschuldigung für Kriminalität“

Die Zahl der Abhängigen hat sich stabilisiert (so jedenfalls die offiziellen Beobachtungen), gleichzeitig steigt aber in den städtischen Randgebieten mit hohem Ausländeranteil offenbar der Konsum — mit diesen Widersprüchen versucht die niederländische Drogenpolitik fertig zu werden. — Wir beenden damit die Berichterstattung über die Informationsreise des Gesundheitsausschusses unter Leitung von Bodo Champignon (SPD).

Mit Blick auf die jährlich 600 bis 700 Drogensüchtigen aus Deutschland, die nach Amsterdam kämen, forderte der Drogenkoordinator mehr Hilfe im Nachbarland, damit sich der Weg nach Amsterdam erübrige. AMOC, die deutsche Anlaufstelle für Amsterdambesucher mit Drogen- und anderen Problemen, werde in den nächsten Jahren weiter unterstützt, schloß Vasseur.

Bei einem Besuch der Drogenhilfe AMOC an der Weteringschans berichtete deren Leiterin Ingeborg Schlusemann, ergänzt durch die Schilderungen von zwei drogenabhängigen Frauen und eines Sozialarbeiters, über die Arbeit dieser Anlaufstelle. Für den Trip nach Amsterdam gebe es die unterschiedlichsten Motive: Die einen erhofften sich hier einen Neuanfang mit Arbeit, Wohnung und Methadontherapie, andere liefen der deutschen Drogenhilfe davon, seien Therapieabbrecher oder hätten strafrechtliche Probleme. AMOC sehe seine Aufgabe nicht beendet, wenn die Rückführung eingeleitet und durchgeführt sei, sondern habe vor allem Erfolge durch eine längere Nachbetreuung. Die Stadt Amsterdam sei daran interessiert, die Zahl der deutschen Drogenabhängigen zu vermindern. In Zusammenarbeit mit der Justiz sehe es die Rückkehrhilfe als Aufgabe an, einen verbindlichen Behandlungsplan zu erarbeiten und umzusetzen. Vierte und letzte Station in Amsterdam war eine Therapieeinrichtung, das Jelinek-Zentrum. Jan Walburg umriß die Philosophie dieser Einrichtung, bei der 400 Menschen im ambulanten und klinischen Bereich mit Alkohol- und Drogenabhängigen arbeiten, so: „Alles was Zweck hat, wird gemacht.“ Programme auf ideologischer Basis hätten keinen Sinn, ihre hohe drop out-Quote bewiese nur, daß das Programm — und nicht etwa die Drogenabhängigen — schlecht sei. Moralischer Anspruch sei fehl am Platze; der drogenabhängige Patient sei als Mensch anzusehen, nicht als Feind, auf den man Druck ausüben müsse. Es sei aber wichtig, Motivation für den Entzug zu wecken. Walburg ordnete Methadonprogramme differenziert ein; sie hätten Vor- und Nachteile. Zum einen brächen sie nicht die Sucht und seien mit einer langen Suchtzeit verbunden, zum anderen baue sich ein persönlicher Kontakt zu den Drogenbenutzern auf. Wenn auch im allgemeinen die Teilnehmer an Methadonprogrammen für eine Therapie schwer zu motivieren seien, so sei es im vergangenen Jahr doch gelungen, aus diesem Programm 300 Abhängige für eine weitere Behandlung zu gewinnen. Die Behandlungsprogramme des Jelinek-Zentrums seien „überevull“, die Kapazitäten zu klein. Für die stationäre Behandlung gebe es eine zweimonatige Warte-

liste, wenn keine akute Krise vorliege — diese Fälle würden sofort aufgenommen. Von einer einheitlichen Drogensubkultur sei nicht mehr zu sprechen, urteilte Walburg; wenn einerseits von einer gewissen Stabilisierung ausgegangen werden könne, so gebe es vor allem ethnisch bestimmte Gruppen (etwa junge Marokkaner), in denen der Heroingebruch zunehme. Die seien aber extrem schwer zu erreichen.

Nach einer Zwischenstation in Rijswijk bei Den Haag, wo ein Sprecher des Ministeriums für Gemeinwohl, Gesundheit und Kultur aus der Sicht der niederländischen Regierung die Drogenpolitik des Landes umriß und auf die Feststellung Wert legte, daß Holland keineswegs aus der Front der Drogenbekämpfer aussteige, sondern sich im Gegenteil strikt um die Einhaltung internationaler Verträge bemühe, teilte die Sprecherin des Justizministeriums mit, daß ihr Land im

gige. Es gebe 50 Plätze für die ambulante Methadonreduktion, 100 therapeutische Plätze in Kliniken und 18 Plätze in Tagesprogrammen.

Ton Quadt von der Rotterdamer Stiftung „Odyssee“ umriß die Kapazität seiner Einrichtung: 75 Ärzte, Krankenpfleger, Sozialarbeiter, neun Häuser, zwei Drogenbusse und jährlich sechs Millionen Gulden öffentlicher Zuschuß. Für drei Süchtige gebe es einen Methadonplatz, 540 würden mit diesem Programm erreicht. In der Feldarbeit auf den Straßen seien es 400 Menschen, die betreut würden; zwei Werkstätten stünden für Arbeitsprogramme zur Vergütung. Ziele der Stiftung seien

- Hilfeleistung für Süchtige
- Vermeidung von schädlichen Folgen der Drogensucht und
- Verhinderung des weiteren Zuwachses der Zahl Abhängiger.



Im ersten Stock, unscheinbar über einem Reisebüro gelegen: die für manche deutsche Amsterdambesucher lebenswichtige Beratungsstelle AMOC an der Weteringschans.

Kampf gegen die Geldwäsche aus Drogengeschäften alle finanziellen Transaktionen über 25000 Gulden meldepflichtig mache. Der übereinstimmende Tenor der beiden Ministerien: „Sucht ist auch in den Niederlanden keine Entschuldigung für Kriminalität“. Aber nur ein Viertel der Drogenabhängigen sei schwer kriminell. Landesweit gebe es 1200 Therapieplätze, weitere 1000 seien notwendig. Im vergangenen Jahr seien in den Niederlanden 75000 Kilo Haschisch und 19000 Kilo Marihuana beschlagnahmt worden. Die Polizei habe ein Netz von Sonderfahndungsstellen installiert.

In der Region Rotterdam, der letzten Station des Niederlandaufenthalts der Ausschußdelegation, trägt die Stadt die politische Verantwortung für die Suchtpolitik; die Ausführung hat sie drei privaten Organisationen überlassen. Die Rotterdamer Drogenkoordinatorin Paula Koedijk umriß die Politik als pragmatisch, nicht abwartend, zuerst auf Prävention ausgerichtet, an die die Feldarbeit angekoppelt sei. Koedijk: „Rotterdam bekämpft nicht die Drogenabhängigen, sondern die Sucht.“ Dabei verlasse man sich nicht allein auf das Strafrecht, sondern schaffe Anreize zur Rückkehr in die Gesellschaft. Dazu habe man das „Rotterdam Drogeninformationssystem“ aufgebaut. In der 600000-Einwohner-Stadt — noch einmal so viele wohnen in der Region — gebe es vier- bis fünftausend von harten Drogen Abhängige, es seien meist Mehrfachabhängige. Sorgen bereite die Entwicklung, daß in zunehmendem Maß Heroinabhängige auf Kokain umstiegen; die Zahl der Kokainbenutzer sei auf 12000 zu schätzen, darunter seien 900 „problematische“ Kokainabhän-

In der Prävention werde von seiner Organisation versucht, möglichst viele Menschen über Drogen zu informieren. Vorbeugung erfolge ohne moralischen Anspruch, es werde für Drogen nicht geworben, sondern über sie ehrliche Information geliefert. In den Niederlanden, so Quadt weiter, dauere die Sucht durchschnittlich 13 Jahre: „Wir helfen, diese Zeit zu überstehen und Schäden zu vermeiden.“ Das geschehe etwa durch die Ausgabe von jährlich 60000 Spritzen, von den benutzten kämen 90 Prozent zurück und würden zur HIV-Prävention in speziellen Containern gesammelt. Quadt teilte mit, daß die Zahl der intravenösen Drogennutzer in den letzten fünf Jahren abgenommen habe. Als erste Kontaktaufnahme erhielten schwer erreichbare Süchtige einen 10er-Pack Spritzen; das erleichtere den Einstieg in die verschiedenen Programme, die Betroffenen könnten veranlaßt werden, sich für ihren Lebensunterhalt einzusetzen und verlorene Fertigkeiten zu erlernen. Das sei ein sehr langer und schwieriger Weg: Die Hälfte bleibe nach vier Wochen weg, von 100 seien am Ende nur noch acht übrig. Es sei keine Seltenheit, daß die Therapie sieben- bis achtmal abgebrochen werde. Seit September dieses Jahres biete die Stiftung ein neues Programm als Alternative zur Haft an: Dabei seien die Klienten ein Vierteljahr Tag und Nacht in der Einrichtung; der Entzug stehe dabei im Hintergrund. Quadt wählte für die Arbeit gegen die Drogensucht das Bild eines Zuges: Einstieg sei hinten, wer vorne anlange, sei „clean“. Unterwegs helfen Sozialarbeiter, daß die Passagiere ihr Ziel auch erreichen, es könne umgestiegen werden, „aber rausgeworfen wird niemand“.

Berater: Spielsucht als Krankheit anerkennen! Automatenbranche verweist auf Einbußen und freiwillige Selbstbeschränkung

Auf Antrag der Fraktion GRÜNE hat der Arbeitsausschuß (Vorsitzender Bodo Champignon, SPD) eine Anhörung am 22. September durchgeführt. Unter dem Thema „Bekämpfung der Glücksspielsucht in Nordrhein-Westfalen“ äußerten sich Vertreterinnen und Vertreter der Suchtberatung, Rehabilitation, Leistungsträger, Lotterieveranstalter sowie der Automatenhersteller und -aufsteller. Der zweite Teil der Anhörung wurde vom stellvertretenden Ausschußvorsitzenden Helmut Harbich (CDU) geleitet. — Wir setzen damit die Berichterstattung aus dem letzten Heft (Seite 7) fort.

Thomas Lischka von der Aktion Glücksspiel e.V. bezifferte die Zahl der Spieler in NRW mit 200000, von denen ein Prozent Probleme mit dem Spielen habe. 90 Prozent der Betroffenen seien Automatenspieler. Der „normale“ Spieler spiele im Monat nicht mehr als 15 Stunden an Automaten; wer zwei Geräte gleichzeitig bediene — bei einem Einsatz von 30 bis 40 Pfennig —, dem sei im Monat ein Verlust von 1152 Mark „garantiert“. Egal, ob das Spielen pathologisch sei oder nicht, „man muß verhindern, daß sie weiter ausgebeutet werden“. Die Aktion

Junge Spieler würden ausgegrenzt und alleingelassen, sie teile die Auffassung vom „Staat als Zuhälter“. Ihre Grundhaltung sei eher resignativ, befand die Sprecherin, die gesetzlichen Bestimmungen reichten nicht aus, die freiwillige Selbstbeschränkung der Automatenbranche werde nicht eingehalten. Anders die Position von Karl Besse, Vorsitzender des Deutschen Automaten Verbandes: Die gewerbliche Automatenaufstellung sei ein gesetzlich reglementiertes, damit ausdrücklich zugelassenes Gewerbe. Durch Begriffe wie Spielsucht werde das Freizeitangebot der Automaten „in Verruf gebracht“, Geldspielautomaten zu sehr in den Mittelpunkt gerückt. 99 Prozent der Gäste empfinden das Angebot der Automaten nicht als Belastung, sondern als „Unterhaltung gegen Entgelt“, was zutreffend sei. Die Automatenbranche sei sich ihrer sozialen Verantwortung bewußt: So habe sie 1989 mit der Bundesregierung eine Selbstbeschränkungsvereinbarung beschlossen, die das gleichzeitige Spiel an nur noch zwei Geldspielautomaten ermögliche. Eine Kommission überwache die Einhaltung der Selbstbeschränkung; bis Ende 1993 werde die flächendeckende Umsetzung der Zweier-Regelung erfolgen.



Blick in die Reihe der Expertinnen und Experten zum Thema Glücksspielsucht.

Foto: Schüler

Glücksspiel halte Rechtslage und praktische Umsetzung der Gesetze für nicht ausreichend: 95 Prozent der untersuchten Spielhallen wären nicht erlaubnisfähig gewesen. Die Spielbanken-Verordnung des Landes sei verfassungswidrig, die Rubbel-Lotterie „unerträglich“, da bei ihr „im Sekundentakt“ fünf Mark zu verspielt seien.

Seit 1987 leitet Ilona Füchtenschnieder in Herford eine Beratungsstelle für Glücksspielabhängige (Diakonisches Werk). Sie beschrieb den typischen Patienten, der an pathologischer Glücksspielsucht leidet, so: Männlich, 28 Jahre alt, spielt seit sechs Jahren an Geldspielautomaten, ist berufstätig und in 60 Prozent der Fälle (gewaltfrei) kriminell geworden. Füchtenschnieder: „Kriminalität gehört zum Zocken wie der Schnupfen zur Grippe.“ In Herford teilten sich 184 Einwohner einen Glücksspielautomaten, damit sei der Ort das „Las Vegas der Region“.

Paul Gauselmann (Verband der Deutschen Automatenindustrie e.V.) legte Wert auf die Feststellung, daß „unsere Automaten von Menschen mißbraucht werden, die Probleme haben“. Darum habe man an jedem Automaten einen Hinweis angebracht, der vor übermäßigem Spiel warne; zudem gebe es eine telefonische Stelle, bei der Informationen zum Thema angefordert werden könnten. Die Diskussion um die Spielsucht habe für die Branche inzwischen wirtschaftliche Folgen: „In meinem Unternehmen hatte ich vor einem Jahr 5000 Beschäftigte, davon mußten 1300 gehen.“ Weitere Beschränkungen, so Gauselmann, drohten einer Branche mit an die 70000 Beschäftigten die Grundlage zu entziehen. Wenn 90 Prozent der Menschen an Spiel Spaß hätten, dann sei das in einer immer schwieriger werdenden Zeit „in Ordnung“.

Die Angriffe der Spielerberatung wollte der

Sprecher der Westdeutschen Spielbanken, Franz-Dieter Hirthammer, nicht auf sich sitzen lassen: Immerhin seien Wohlfahrtsverbände Nutznießer der Gelder, die durch die Spielbanken hereinkämen. Die Spielbanken wiesen Besucher auf die Problematik des Spiels hin und kämen auch ihrer Verpflichtung nach, Sperren über Besucher auszusprechen. „Nicht das Spiel an sich, sondern die Übertreibung ist schädlich“, schloß er. Alexander Malwitz von der Westdeutschen Lotterie GmbH und Co. legte dar, nur 0,5 Prozent der Spielsucht fielen in den Bereich Lotterie und Wetten; das könne sich aber ändern, gab er zu verstehen, wenn es in der EG zu einer Liberalisierung und damit Ausweitung des Lotteriegeschäfts komme. Der Glücksspielbereich verträge keinen Wettbewerb, so sein Credo, denn das trage Anreize zur Spielsucht in sich. Bei einem landesweiten Einsatz von pro Kopf 3,30 Mark sei in diesem Bereich die Wahrscheinlichkeit nicht gegeben, daß sich hier Spielsucht entwickeln könne. Nur knapp vier Prozent des Umsatzes werde durch Rubbellose erbracht.

„Die Städte und Gemeinden unterstützen alles, was exzessives Spielen verhindert“, betonte Birgit Collisi für die Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände. Die Kommunen ergriffen alle Maßnahmen, die zur Entlastung der in den letzten Jahren stark gestiegenen Sozialausgaben beitragen könnten. Aber über eine „bessere“ Auswahl der Automatenbetreiber, wie des öfteren angeregt werde, sei das nicht zu schaffen; die „Auswahl“ erfolge im Rahmen der in der Gewerbeordnung vorgesehenen Zuverlässigkeitsprüfung — und die sei schon schwer genug.

Auf soziale Bezüge richtete Georg Seegers von der Arbeitsgemeinschaft Drogen und Sucht im Spitzenverband der Freien Wohlfahrtspflege das Augenmerk. Auslöser für Spielsucht sei oftmals der zufällige Gewinn, der vor allem bei „Versagern in der Gesellschaft“ als grandioser persönlicher Erfolg bewertet werde. Damit würden Spielhallen leicht zur „institutionellen Falle für Looser“. Seine Forderung: Die Träger der Suchtkrankenhilfe sollten mit Hilfe von Land und Kommunen in die Lage versetzt werden, Beratungsstellen aufzubauen und zu unterhalten.

Heinz Beyer von der Rheinischen Arbeitsgemeinschaft für Rehabilitation stellte aus der Sicht der Leistungsträger heraus, daß bei 60000 Rehabilitationsmaßnahmen der Rheinprovinz die Anträge wegen pathologischer Spielsucht „eine eher geringfügige Rolle“ spielten: Im Durchschnitt seien es ein bis zwei pro Monat. Auch wenn die Frage, ob pathologisches Spielen an sich eine Krankheit ist oder als Symptom für eine Persönlichkeitsstörung mit Krankheitswert zu verstehen sei, wissenschaftlich noch nicht endgültig beantwortet sei, könne ein Antragsteller in beiden Fällen die Voraussetzungen für eine medizinische Rehabilitation erfüllen. Christel Lenz von der Fachambulanz für Suchtkranke in Neuss verlangte, Spielsucht als Suchterkrankung im sozialrechtlichen Sinn anzuerkennen und die Spielmöglichkeiten einzuschränken. Andreas Lindner vom Therapiezentrum Münzesheim bei Heidelberg berichtete von den Erfolgen der gemeinsamen Behandlung von Glücksspielsüchtigen (15), Alkoholabhängigen (70) und Medikamentenabhängigen (etwa 15 Prozent der Patienten): 40 bis 80 Prozent der Patienten schafften es, nach der Behandlung abstinenz zu leben.

Frauenpolitik im Landeshaushalt 1994: „Kein Luxusartikel für bessere Zeiten!“

Im Mittelpunkt der von der Vorsitzenden Marie-Luise Morawietz (SPD) geleiteten Sitzung des Ausschusses für Frauenpolitik am 1. Oktober standen die Beratungen des Haushaltsentwurfs 1994. Die Ministerin für die Gleichstellung von Frau und Mann, Ilse Ridder-Melchers (SPD), erläuterte einleitend, daß alle Einzelpläne angesichts der besonders schwierigen finanziellen Rahmenbedingungen von Ansatzreduzierungen betroffen seien, gleichwohl dürfe „Frauenpolitik nicht zum Luxusartikel für bessere Zeiten werden“.

Mit dem vorgelegten Haushaltsentwurf mache die Landesregierung aber deutlich, daß auch in schwierigen Zeiten an den Mitteln der Frauenpolitik nicht gespart werde: Während der Gesamtansatz des Einzelplans 11 um 600 000 Mark gekürzt werden soll, ist für die aktive Frauenpolitik im Vergleich zum vergangenen Jahr eine Erhöhung um rund 900 000 Mark (5,9 v.H.) geplant. Auch die frauenpolitisch relevanten Leistungen anderer Ressorts sehen insgesamt einen Zuwachs um 714 000 Mark auf 27,74 Millionen Mark vor.

Zu den Einzelheiten des Haushalts: Nach wie vor ist die Frauenförderung in der Privatwirtschaft ein vordringliches Ziel. Der positive Trend der Frauenerwerbstätigkeit, so die Ministerin, sei landes- und bundesweit vorerst gestoppt; geblieben seien allerdings die strukturellen Beschäftigungsprobleme von Frauen, die gekennzeichnet seien durch eine höhere Betroffenheit von Arbeitslosigkeit, von Tätigkeiten unterhalb des Qualifikationsniveaus, durch eine schlechtere Bezahlung, den Anstieg der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse usw. Die Benachteiligung von Frauen seien durch Einschnitte bei der Förderung der beruflichen Bildung und den Mittelkürzungen durch die 10. AFG-Novelle leider noch verschärft worden. Die Landesregierung versuche daher, die vorhandenen Mittel im Rahmen der Arbeitsmarkt- und Strukturprogramme, z.B. im Rahmen des Aktionsprogramms „Frau und Beruf“, noch gezielter und effektiver für die berufliche Förderung von Frauen und zur Verbesserung ihrer Beschäftigungssituation einzusetzen. Mit einem Modellprojekt „Qualifizierung während der Familienphase“ sollen alle am Wiedereinstieg Beteiligten (Betriebe, Bildungsträger und Frauen) zu einem gemeinschaftlichen Vorgehen bei der Planung des Berufsweges nach der Familienphase bewegen werden.

Für Frauen im ländlichen Raum, die erfahrungsgemäß von den bestehenden Beratungseinrichtungen nicht erreicht würden, stehe ein Beratungsbuss, die sogenannte „Linie F“, als Anlaufstelle für die berufliche Orientierung nach einer Unterbrechung der Erwerbstätigkeit zur Verfügung.

Ein Projekt ganz anderer Art setzt sich mit dem Thema „Rechtsradikalismus bei Mädchen und jungen Frauen“ auseinander. Von einer in Kürze vorliegenden Untersuchung würden Hinweise erwartet, wo Frauen und Mädchen bestimmten Facetten oder Teilen des Rechtsextremismus zugeneigt seien und wie sich diese bei ihnen äußerten. Auf der Basis der Ergebnisse sollen Praxiskonzepte für eine „neue“ Mädchenarbeit entwickelt und modellhaft erprobt werden.

Ein weiterer Schwerpunkt sei die Arbeit gegen Gewalt gegen Frauen und den sexuellen Mißbrauch an Kindern; die Arbeit der vergangenen Jahre soll durch Maßnahmen der Intervention und Prävention fortgesetzt werden. Als ein Aspekt sei in diesem Zusammenhang die Förderung von Frauenhäusern

zu nennen: entsprechend der Zielsetzung des Landesprogramms — eine flächendeckende Grundversorgung — sollen fünf Frauenhäuser neu in das Programm aufgenommen werden. Dafür ist eine Ansatzerhöhung von 1,03 Millionen Mark auf zehn Millionen Mark vorgesehen. Bei den 35 geförderten Frauenberatungsstellen ist ein Auffangen der Personalkostensteigerungen, allerdings kein weiterer Ausbau in 1994 möglich. Eine Reihe von Maßnahmen stehen zur Auseinandersetzung mit der Problematik der Gewalt gegen Frauen und dem sexuellen Mißbrauch zur Verfügung, z.B. die Mittel für Informations- und Fortbildungsveranstaltungen, das Modellprojekt zur Erprobung neuer Kooperations- und Vernetzungsformen von Institutionen, Organisationen und Initiativen, die sich mit der Thematik befassen, und schließlich die Modellversuche zur Erprobung ausgewählter Konzeptionen für Selbstbehauptungs- und -verteidigungskurse im Bereich von Schule und Jugendarbeit. Einen weiteren Schwerpunkt der Arbeit des Gleichstellungsministeriums bilde der Bereich der sozialen Infrastruktur für Frauen. Geplant sei die Entwicklung eines differen-



Für den grünweißen NRW-Beratungsbuss für Frauen im ländlichen Raum, den Ministerin Ridder-Melchers im Juni 1993 auf die Reise schickte, stehen auch im Ressorthaushalt für das nächste Jahr Mittel bereit.

zierten ÖPNV-Modellkonzeptes für eine ländliche Region, das auf die Nutzung verschiedener Verkehrssysteme und den Einsatz alternativer Bedienungsformen setze. Darüber hinaus fänden die Aktionswochen im Frühjahr des kommenden Jahres zum Schwerpunktthema „Frauenfeindliche Stadtentwicklungs-, Verkehrs- und Wohnungsplanung“ statt. Schließlich sei im Rahmen des erfolgreich verlaufenden Tages-Mütterprojektes in 1994 eine Projektförderung beabsichtigt.

Ihr Ziel, die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen in allen gesellschaftlichen Bereichen könne nur erreicht werden, meint Ilse Ridder-Melchers, wenn das Bewußtsein der Öffentlichkeit, insbesondere der (weiter nächste Seite)



Die Frauenmesse „top 93“ fand in diesem Jahr erstmals mit Beteiligung des Landtags Nordrhein-Westfalen und insbesondere des Ausschusses für Frauenpolitik statt. Angeboten wurde ein Forum zum Thema „Manpower ade? Frauen in Wirtschaft und Management“. Damit sollte die frauenpolitische Arbeit des Landtags vorgestellt werden, in erster Linie aber waren Anregungen erwünscht, wo Politik in Zukunft besonders gefordert sein wird und wo sie durch Veränderung von Rahmenbedingungen Weichen stellen kann. Sowohl die Podiumsgäste als auch die anwesenden Abgeordneten und schließlich auch die Besucherinnen diskutierten fachkundig darüber, wie die beruflichen Chancen von Frauen in der Realität der Wirtschaft aussehen und wie sie verbessert werden können. „Es gibt eine Menge zu verbessern“, stellte die Präsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen, Ingeborg Friebel, in ihrer Eröffnungsrede zum Forum des Landtags auf der Frauenmesse „top 93“ fest. Der Frauenpower müßten mehr Möglichkeiten, mehr Chancen eingeräumt werden. Frauen in Wirtschaft und Management dürften nicht länger fast nur in untergeordneten Positionen anzutreffen sein. Die Frau als Führungskraft müsse ebenso Selbstverständlichkeit werden, wie Männer es seit jeher seien. Sie wünschte sich eine im positiven Sinne weiblichere Welt, eine Vereinigung von Manpower und Frauenpower. — Eine Dokumentation über die Veranstaltung, die bei den Besucherinnen und Besuchern auf besonders großes Interesse stieß, ist zur Zeit in Arbeit und wird voraussichtlich Ende November vorliegen (im Bild v.l.: aus Düsseldorf die Frauenbeauftragte Dr. Gesine Spiß und Bürgermeisterin Marie-Luise Smeets, aus Bonn Bundestagspräsidentin Professor Rita Süßmuth, für NRW Frauenministerin Ilse Ridder-Melchers und Frauenausschußvorsitzende Marie-Luise Morawietz).

Petition: Kostenbewußte Sachbearbeiterin erfolglos in allen Instanzen

„bis die Herren den gemütlichen Teil beendet hatten ...“

Der Beschwerdeweg einer kostenbewußten Personalsachbearbeiterin von der Mitteilung an den Vorgesetzten über Dienstaufsichtsbeschwerde bis zur Vorsprache bzw. Verhandlung im Ministerium in Düsseldorf führte auch über den Petitionsausschuß des Landtags nicht zum Erfolg: zum Sparen.

Die Personalsachbearbeiterin eines Finanzbauamts hatte unter anderem Pauschal-löhne und Reisekostenvergütungen für Kraftfahrer festzusetzen. Dabei schöpfte sie den Verdacht, daß die handschriftlichen Aufzeichnungen der einzelnen Fahrer nicht den Tatsachen entsprächen.

„Während der Amtszeit von Herrn X waren alle paar Monate alle verfügbaren Dienst-PKW eingesetzt, um in aller Frühe den Vorsteher, die Sachgebietsleiter und den Geschäftsstellenleiter von ihren Wohnungen abzuholen, zu Amtsbesprechungen und/oder Besichtigungen zu bringen (die allerdings, wie man hörte, des öfteren schon mittags endeten), und dann zu warten, bis die Herren den anschließenden gemütlichen Teil – teilweise erst nach Mitternacht – beendet hatten. Dann wurden die Herren in mehr oder weniger alkoholisiertem Zustand wieder nach Hause gefahren. Den Mitarbeitern des Amtes ist bekannt, daß die Herren nur stundenweise den Tag mit dienstlichen Angelegenheiten verbrachten und daß, wenn auch nicht in allen Fällen, Reisekosten bis kurz vor Mitternacht geltend gemacht wurden ...“

Von solchen und ähnlichen Vorgängen erhielt die Sachbearbeiterin aus ihren Unterlagen und Gesprächen mit Kollegen Kenntnis. Die pflichtbewußte Beamtin mit den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit öffentlicher Haushaltswirtschaft vertraut, ging zunächst den Dienstweg: Sie

legte Vermerke über ungerechtfertigte Reisekosten vor. „Bei der Überprüfung der Fahrer stellten sich weitere, in Einzelfällen nicht unerhebliche Überzahlungen heraus.“

Ein Jahr später erließ der Amtsvorsteher zwar eine Verfügung, wonach Beamte selbst keine Reisekosten abrechnen dürften, wenn sie sich in einem Dienstwagen fahren lassen. Aber, so kritisierte die kostenbewußte Mitarbeiterin, nicht untersagt würden: überhöhte Kilometerangaben, Kostenerstattung bei Mitfahrt im Wagen von Kollegen, überhöhte Tagegelder, Abrechnen von Reisekosten während Urlaub, Krankheit und zusätzlich zur Pauschalvergütung der Fahrer.

Alle Fahrer wurden zur gewissenhaften und wahrheitsgetreuen Führung der Fahrtenbücher ermahnt. Das nützte jedoch nichts. Nachprüfungen seien von vornherein zugunsten der Fahrer angelegt worden, meinte die Petentin, so daß ihnen nichts nachgewiesen werden konnte.

Sie ließ aber nicht locker. Durch Dienstaufsichtsbeschwerden gelangten die Vorgänge dem Düsseldorfer Ministerium zur Kenntnis. Dort fand rund drei Jahre nach den ersten Vermerken ein Gespräch zwischen der Sachbearbeiterin, dem Ministerialbeamten Y und Personalratsmitgliedern statt, wovon die Beschwerdeführerin ein ausführliches Gedächtnisprotokoll anfertigte. Dort heißt es: „Herr Y gestand ein, daß man förmlich riechen könne, wie die ganze Sache stinke; da jedoch nichts zu beweisen sei, könn-

ten die Fahrer nicht abgemahnt werden.“ Von einem Personalratsmitglied wurde vorgeschlagen, die Dienstwagen ganz abzuschaffen. Belangen könne man die Fahrer kaum, da sie durch nächtliche „Saufgelage“ interne Kenntnisse hätten. Auch die Beamtin hielt inzwischen diesen Ausweg für den besten, „auch aus Gründen des Umweltschutzes“.

Vom Ministerium wurde die Beschwerde zurückgewiesen. Die Beamtin, die sich inzwischen auch anwaltschaftlich vertreten ließ, gab noch nicht auf und wandte sich an den Petitionsausschuß. Diesem gegenüber versicherte das um Stellungnahme gebetene Ministerium, die Vorschriften gewährleisten im Grundsatz, „daß die Benutzung von Dienstkraftfahrzeugen den Grundsätzen sparsamer und wirtschaftlicher Haushaltsführung entspricht“. Die Beschwerde sei unbegründet.

Zwischen den ministeriellen Zeilen konnte der Petitionsausschuß außerdem so etwas wie eine Rüge für den Übereifer und die Uneinsichtigkeit der Beamtin ablesen. Er teilte der Petentin deshalb mit, es sei nichts zu beanstanden, und fügte eine Fotokopie der Stellungnahme des Ministeriums bei. Darin befindet sich allerdings auch ein Hinweis der zuständigen Oberregierungsrätin auf die Aufgabekritik, mit der sich mehrere Ausschüsse des Landtags befassen, in deren Rahmen auch eine Organisationsuntersuchung zur Fahrbereitschaft der Landesregierung in Auftrag gegeben worden sei. Sie fügt hinzu, daß sie davon „Erkenntnisse“ erwarte, so daß die kostenbewußte Beamtin fünf Jahre nach ihren ersten Vermerken doch noch auf einen Erfolg hoffen kann.

LKW-Überholverbot

Bei hohem Verkehrsaufkommen tragen LKW-Überholverbote auf Autobahnen zur Verkehrsberuhigung bei. In verkehrsschwachen Zeiten führen sie dagegen zu stark unterschiedlichen Geschwindigkeiten auf den einzelnen Fahrstreifen, was für die Verkehrssicherheit ein Nachteil sei. Das teilte Minister Franz Josef Kniola (SPD) dem Verkehrsausschuß mit und fügte eine Übersicht über die 260 Fahrbahnkilometer mit zeitlich unbeschränktem und die 200 Kilometer mit zeitlich begrenztem LKW-Überholverbot bei. Zusammen mit Wechselverkehrszeichen sei auf etwa 16 Prozent der Fahrbahnen in NRW LKW-Verbot möglich. Für ein generelles LKW-Überholverbot fehle zur Zeit die rechtliche Grundlage.

Gemeindeordnung

Die abschließende Beratung des Regierungsentwurfs zur Änderung der Kommunalverfassung in Verbindung mit einem Gesetzentwurf der F.D.P.-Fraktion sowie zahlreicher Anträge der GRÜNE-Fraktion hat der Ausschuß für Kommunalpolitik Anfang 1994 vorgesehen. Wie in der Sitzung am 29. September vereinbart wurde, sollen bis dahin die Anträge unter den Fraktionen ausgetauscht werden, in denen es auch um die Direktwahl der Bürgermeister und die Abschaffung der sogenannten „Doppelspitze“ geht.

Luxusartikel ...

Fortsetzung von Seite 11

Männer, für frauenpolitische Themen und Ziele sensibilisiert würde. Vorhandene Benachteiligungen und Vorschläge zu ihrer Überwindung müßten aufgezeigt und öffentlich diskutiert werden. Vordiesem Hintergrund bleibe die Öffentlichkeitsarbeit eine nach wie vor wichtige Aufgabe des Ministeriums.

Prof. Renate Möhrmann (CDU) riet zur Vorsicht bei der öffentlichen Diskussion über Gewalt von Kindern. In den Medien werde bereits ein Zusammenhang mit der Berufstätigkeit hergestellt, würden berufstätige Mütter „schrecklicher Kinder“ verteufelt.

Maijanne Hürten (GRÜNE) fragte nach der Verwendung von Landesmitteln für mißhandelte Frauen in Bosnien. Weder ihr noch anderen Parlamentskolleginnen sei es vor Ort gelungen, etwas über den Verbleib der Mittel zu erfahren. Außerdem störte es die Sprecherin der Grünen, daß erfolgreiche Projekte aus dem Frauenministerium, wie zum Beispiel das Projekt Wiedereingliederung, nach der Erprobung „heruntergefahren“ würden und dann in andere Ressorts abwanderten. Als wachsendes Problem sah Frau Hürten die kommunale Mitfinanzierung der Frauenhäuser an. Warum beim Projekt „Rechtsradikalismus von Mädchen“ die Maßnahmen über das Innen- und Kultusministerium laufen müßten, wollte sie ebenso wissen wie die Gründe für den gekürzten Ansatz beim Beratungsbuss „Linie F“.

Marita Rauterkus (SPD) nahm vorausschauend die Ministerin gegen mögliche weitere Kritik aus dem Landesrechnungshof in Schutz und bat um unverzügliche Unterrichtung des Ausschusses für Frauenpolitik bei Beanstandungen.

Regina van Dinther (CDU) hielt die Kürzungen beim Personalhaushalt und die Aufstockung zugunsten des Sachhaushalts für gut und bezweifelte den Nutzen des Projekts Rechtsradikalismus bei Mädchen. Sie hielt solche Ad-hoc-Projekte für nachteilig, da die Gemeinden kurzfristig „spektakuläres“ Geld gar nicht sinnvoll ausgeben, andererseits bei jahrelang erfolgreicher Arbeit von Jugendämtern die Personalkostensteigerungen nicht mehr auffangen könnten. Wegen des Auslaufens der Landesförderung für die Regionalstellen „Frau und Beruf“ solle die Ministerin über die Arbeit dieser Stellen berichten. Bei der Schwangerschaftsberatung halte die CDU mehr Mittel für nötig.

Ministerin Ridder-Melchers hielt es angesichts der Querschnittsaufgabe Frauenförderung für sinnvoll, als Frauenministerium Modelle zu entwickeln und die Umsetzung den anderen Ressorts zu überlassen. Beim Projekt gegen Gewalt gehe es auch um bessere Kenntnisse über die Täter. Im Fortbildungsmaßnahmen sollten Kenntnisse über deren Hang zum Leugnen und Zudecken sowie den Umgang damit vermittelt werden. Der erste Prüfbericht über Regionalstellen „Frau und Beruf“ liege vor. Im Kabinett werde über die künftige Förderung beraten.

TÜV Rheinland berichtete im Ausschuß Mensch und Technik

Objektive Werte alternativer Energien sind schwer zu ermitteln

Spätestens seit der sogenannten Ölkrise vor 20 Jahren hat die Suche nach alternativen Energiequellen einen hohen Stellenwert. Der Technische Überwachungsverein Rheinland hat mehrere Alternativenenergien (sogenannte regenerative Energien) insbesondere auf ihre Umweltverträglichkeit hin geprüft. Der Ausschuß „Mensch und Technik“ hat auf Antrag der CDU-Fraktion den zuständigen Abteilungsleiter des TÜV Rheinland, Herrn Dr. Wiesner, um einen Bericht über diese Studien gebeten.

Nach den Erkenntnissen des TÜV ergeben sich Schwierigkeiten bei einem Vergleich zwischen traditionellen Techniken der Energieerzeugung und den unerschöpflichen (regenerativen) Energiequellen. Traditionell wird der Begriff des Risikos dazu verwendet, um bestimmte Tätigkeiten oder Technologien bezüglich ihrer Sicherheit zu bewerten. So läßt sich nachweisen, daß das Risiko bestimmter Freizeitaktivitäten wie Bergsteigen oder Skilaufen relativ hoch und im Grunde genommen gesellschaftlich nicht akzeptabel ist.

Die Versuche, einen objektiven Risikowert zu finden, der einen Vergleich verschiedener Techniksysteme miteinander erlaubt, scheitert immer wieder daran, daß das akzeptable Risiko auch von subjektiven Einschätzungen abhängt. Je freiwilliger ein Risiko auf sich genommen wird oder je mehr der direkte Nutzen empfunden wird, um so eher wird ein Risiko akzeptiert. Das gleiche gilt dann, wenn das zu erwartende Schadensausmaß bei Unfällen gering ist.

Eben dies trifft auf die regenerativen Energiequellen zu: Sie sind in hohem Maße freiwillig, nutzenorientiert und sind im Schadensausmaß klein. Damit haben die regenerativen Energien in einer Risikobetrachtung gegenüber anderen Energieformen erhebliche Vorteile.

Aber gerade hier zeigen sich die Tücken des versicherungsmathematischen Risikobegriffs, der sich aus einer Kombination von Eintrittswahrscheinlichkeit und Schadenshöhe zusammensetzt. Rein rechnerisch gesehen kann das Produkt aus hoher Eintrittswahrscheinlichkeit und geringen Schadensausmaßen genauso groß sein wie das Produkt aus einer hohen Eintrittswahrscheinlichkeit und einem geringen Schadensausmaß.

So lassen sich Risiken von Kernkraftwerken, wo ein extrem hohes Schadensausmaß mit einer extrem niedrigen Eintrittswahrscheinlichkeit kombiniert wird, auf den Risikowert etwa von bestimmten Freizeitaktivitäten „herunterrechnen“.

Bei regenerativen Energien ist die Eintrittswahrscheinlichkeit eines Schadens (zum Beispiel durch Stromschlag) relativ hoch, während das Schadensausmaß relativ gering ist, weil es auf das Wohnhaus oder eine einzelne Person beschränkt ist.

Erweitert man nun die Risikobetrachtung auf die Herstellung und Entsorgung von regenerativen Energien, so zeigt sich, daß diese nicht mehr ganz so günstig dastehen wie die traditionellen Energiesysteme. Dr. Wiesner erläuterte, daß ein Photovoltaikgenerator etwa acht Jahre in Betrieb sein muß, damit sich der Einsparungseffekt am Kohlendioxid, das für den Treibhauseffekt verantwortlich ist, bemerkbar macht.

In der von Dr. Katrin Grüber (GRÜNE) geleiteten Sitzung des Ausschusses „Mensch und Technik“ am 24. September ging es um die Umweltverträglichkeit alternativer Energien und um Krebsgefahr durch Mineralfasern.



Außer der Vorsitzenden gehören dem Ausschuß „Mensch und Technik“ weitere Frauen an: Annelie Kever-Henseler (l., SPD), Dr. Annemarie Schräps (CDU).
Fotos: Schüler

Die Vorsitzende des Ausschusses „Mensch und Technik“, Frau Dr. Katrin Grüber (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), machte deutlich, daß es sinnvoll sei, Technikfolgen-Abschätzung auch bei regenerativen Energien durchzuführen. So könne entweder die Technik gestaltet werden oder man könne sich auch entscheiden, eine Technik nicht einzuführen. Letzteres halte sie für die nachwachsenden Rohstoffe für plausibel. Leider habe sie immer wieder feststellen müssen, daß regenerative Energien besondere Widerstände durch die Behörden provozieren.

Dr. Wiesner erinnerte daran, daß die Suche nach alternativen Energiequellen nicht nur

durch die gegenwärtige ökologische Diskussion motiviert sei, sondern auch durch die Tatsache, daß man für den Zeitraum von 50 bis 100 Jahren nach längerfristigen Optionen suchen müsse. Irgendwann schließlich wird die Ausbeutung natürlicher Energiequellen, wie Kohle, Erdgas und Erdöl, unwirtschaftlich.

In einer von der CDU-Fraktion beantragten Aktuellen Viertelstunde berichteten die Ministerin für Bauen und Wohnen und der Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales über den möglichen Krebsverdacht von Mineralfasern. Mineralfasern werden vorwiegend zur Wärmedämmung in Gebäuden eingesetzt.

Ministerialdirigent Dr. Sendler (Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales) führte aus, daß die Mineralfasern schon länger als krebsverdächtig bekannt seien. Die Ursache dafür liege in der faserigen Struktur und der hohen Biobeständigkeit der Mineralfaser begründet.

Lothar Hegemann (CDU) kritisierte die Landesregierung dahingehend, daß sie zwar den Krebsverdacht der Mineralfaser öffentlich äußere, jedoch keine Maßnahmen zum Schutz angebe. Schließlich gehe es, so Hegemann weiter, auch um die wirtschaftliche Betrachtung der Mineralfaserindustrie in Nordrhein-Westfalen.

Helmut Hellwig (SPD) befürchtete eine ähnliche Entwicklung wie seinerzeit beim Krebsverdacht der Asbestfaser. Durch den Ersatz von Asbest durch Mineralfasern sei offensichtlich der Teufel mit Belzebub ausgetrieben worden.



„Chile/Projekt Pelusa '92 — Die Schöpfung Gottes bewahren“ heißt eine Ausstellung, die am Mittwoch, 6. Oktober, von Landtagsvizepräsident Ulrich Schmidt im Foyer des Landtags eröffnet wurde. Thema der Ausstellung ist das Kinderhilfswerk „Pelusa“ in Santiago de Chile. Vizepräsident Schmidt berichtete, die Chilenen verbänden mit dem Wort Pelusa (Flusen) Kinder, die aus extrem armen Familien kämen, auf der Straße lebten und achtlos wie Flusen von der Kleidung abgestreift würden. Das Problem der Straßenkinder stelle sich in Chile seit dem Putsch des Militärs 1973. In dieser Situation habe sich der Bielefelder Sozialarbeiter Franz Klement entschlossen zu helfen. Mit Hilfe einer katholischen Stiftung habe Klement Weihnachten 1982 die ersten sieben Kinder von der Straße oder aus armen Familien aufgenommen. Bereits 1983 seien es schon 25 Kinder gewesen. Im Laufe der Jahre habe sich die Arbeit mit den Kindern zu einem offenen sozialen Zentrum entwickelt. Inzwischen würden rund 300 Kinder in dem Projekt betreut. In Bielefeld bestehe eine Patengruppe, auch die Stadt Oerlinghausen habe eine ideelle Patenschaft übernommen. Beide Patengruppen hätten das Projekt mit rund einer Million Mark unterstützt. Ulrich Schmidt begrüßte bei der Eröffnung Franz Klement sowie den Fotografen der gezeigten Bilder, Jan Splichal aus Prag.
Foto: Schüler

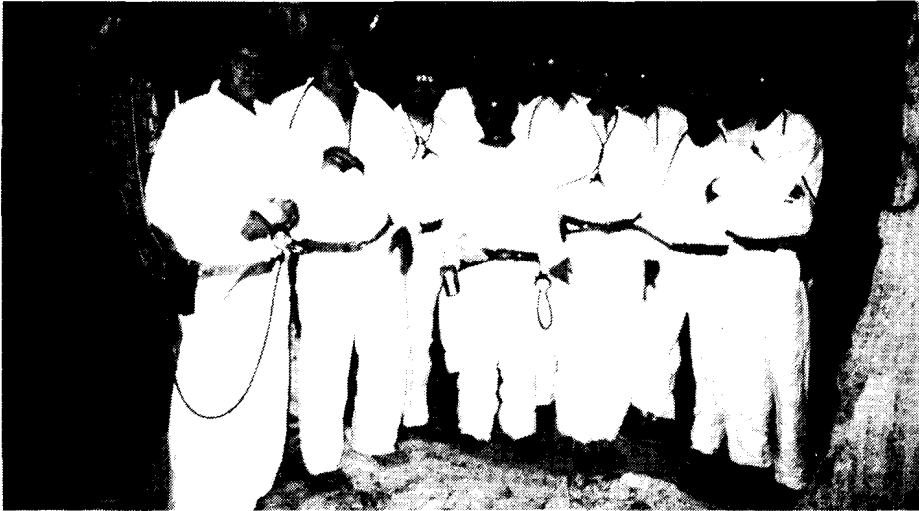
Grubenausschuß beim kanadischen Bergbau (II)

Immer mehr Dieselmotoren unter Tage

In den kanadischen Provinzen Neuschottland, Ontario, Alberta und British Columbia informierte sich Ende August d.J. eine Kommission des Ausschusses für Grubensicherheit mit dem Vorsitzenden Helmut Marmulla (SPD) über den Abbau unter dem Ozean, über den Steinkohlentagebau und den Salzbergbau in Kanada. Den Auftakt bildete, wie in der vorigen Ausgabe berichtet, eine Grubenfahrt auf dem Steinkohlenbergwerk „Phalen Colliery“ im Osten der Provinz Neuschottland. Es folgten Gespräche in staatlichen Forschungseinrichtungen (Fortsetzung des Berichts in der vorigen Ausgabe).

In der Fachgesprächen stellte sich bald heraus, daß die Schwerpunkte der bergbaubezogenen Forschungsarbeiten jenseits des Atlantiks mit den hiesigen Problemen über-

einstimmen: Optimierung des Grubenausbau, Verbesserung der Bewetterung und der Klimabelastung unter Tage, Erkennen und Verhüten von Gebirgsschlägen und



Informationsaustausch im kanadischen Kalibergwerk, v.l.: Siegfried Jankowski (SPD), Helmut Marmulla (SPD, Ausschlußvorsitzender), Hermann Kampmann (CDU, stellv. Vorsitzender).

Energiesteuer statt Selbstverpflichtung

Den CDU-Antrag „Freiwillige Selbstverpflichtung der Wirtschaft als Beitrag zur CO₂-Reduktion“ (Drs. 11/4649) lehnte die Landtagsmehrheit am 6. Oktober auch in der vom Wirtschaftsausschuß geänderten Fassung (Drs. 11/6079) ab und nahm statt dessen die SPD-Entschließung „Die ökologische Energiebesteuerung ist überfällig – Eine freiwillige Selbstverpflichtung der Wirtschaft zur CO₂-Reduktion kann keine Alternative hierzu sein“ (Drs. 11/5972) an.

Helga Gießelmann (SPD) erklärte, die Atomenergie habe keinen Beitrag zur CO₂-Reduktion geleistet, sondern den Ausbau von Techniken verhindert, die weitaus mehr CO₂ einsparen würden. Das von der CDU vorgeschlagene Kompensationsmodell mit Wirkung auch im Ausland sei auf den ersten Blick bestechend. An der Durchführung seien aber Zweifel angebracht. Nur eine EG-weite allgemeine Energiesteuer schaffe die notwendigen Anreize. Sie müsse die Energie teurer machen und die Arbeit entlasten. Die Wirtschaft sei nicht zu unrentablen Investitionen bereit.

Laurenz Meyer (CDU) wies darauf hin, daß die derzeitige Wirtschaftslage die Klimaproblematik überlagere. Das sei auch aus den Reaktionen der Wirtschaftsverbände zu sehen. Langfristig dürfe das Ziel nicht aus den Augen verloren werden. Mittelfristig müsse es plausible Lösungen geben. Neue Belastungen könne ernsthaft niemand der Wirtschaft aufsatteln. Daher sei die freiwillige Verpflichtung eine bedenkenswerte Alternative. Der Landesregierung sprach Meyer Dank für umfangreiche Erhebungen und Unterlagen aus.

Hagen Tschoeltsch (F.D.P.) hielt den Antrag für sehr interessant. Seine Fraktion werde

sich jedoch der Stimme enthalten, weil freiwillige Maßnahmen in der augenblicklichen Wirtschaftslage nicht zu erzielen seien. Die Beschränkung der SPD auf den EG-Bereich sei angesichts der Kraftwerke im Osten unverständlich, wo mit geringem Aufwand gewaltige Umweltverbesserungen erzielt werden könnten. Der Charme des CDU-Antrages liege gerade darin, das anzustreben.

Dr. Manfred Busch (GRÜNE) hielt die Kompensationsmaßnahmen für keine sinnvolle Logik. Die bundesdeutsche Energiewirtschaft solle nicht mit Aktivitäten in China Umweltmaßnahmen hier vermeiden können. Einen drohenden Investitionsstau könne man nur durch die schnellstmögliche Energiesteuer vermeiden. Weil es bei den Energiekonsensgesprächen nur noch um Atomenergieakzeptanz gehe, sollten die SPD-Vertreter aus NRW aussteigen, damit die Bergleute nicht zu Geiseln der Atomlobby würden.

Minister Günther Einert (SPD) befürwortete die Energiesteuer bei Wegfall des Kohlepfennigs und sprach sich für ökologische Steuerbelastung bei Reduzierung sonstiger Abgaben aus, um die Staatsquote nicht zu zusätzlich zu erhöhen.

Gasausbrüchen. So kamen nach den einzelnen Fachvorträgen sehr schnell intensive Diskussionen in Gang. Besonders interessant war der Gedankenaustausch über die Gesundheitsgefahren durch die Abgase der unter Tage immer weiter verbreiteten Fahrzeuge mit Dieselmotoren.

Anläßlich eines Empfangs in seiner Residenz begrüßte der deutsche Botschafter in Ottawa, Herr Dr. Sulimma, die Ausschlußkommission vor einem Kreis geladener Gäste aus dem kanadischen Bergbau sowie zahlreicher deutschstämmiger Kanadier.

Zwei Besichtigungen in einem Salzbergwerk in Saskatchewan und einem Steinkohlentagebau in der Provinz Alberta setzten das fachbezogene Reiseprogramm fort. Während der kanadische Salzbergbau mit den auch in Deutschland angewendeten Methoden erfolgt, so beeindruckte doch die Steinkohlengewinnung im Tagebau. Begünstigt durch die Lagerstättenverhältnisse (Flözmächtigkeiten von mehreren zehn Metern unter einer Abraumschicht von nur 40 Metern) fördern hier riesige Schaufelbagger mit einem Schaufelvolumen bis zu 70 Kubikmetern jeweils 3000 Kubikmeter pro Stunde. Die drei im Tagebau „Highvale Mine“ eingesetzten Bagger laden direkt in SchwerLKWs mit einer Nutzlast von 140 Tonnen. Über einige Kilometer gelangt die Kohle direkt ins Kraftwerk.

Bei einem Betrieb rund um die Uhr an allen Tagen fördern hier 400 Mitarbeiter etwa 12 Millionen Tonnen Kohle pro Jahr. Durch Schulungen und Unterweisungen der Beschäftigten konnte erreicht werden, daß sich seit fast drei Jahren kein Unfall ereignet hat, bei dem ein Betroffener am Tag nach dem Unfall noch arbeitsunfähig war. Durch ein Prämiensystem werden die Mitarbeiter für unfallfreies Arbeiten belohnt.

Während des Aufenthaltes in Edmonton wurde die Kommission vom Präsidenten des Provinzparlamentes von Alberta, Herrn Dr. Carter, zu einem kurzfristig arrangierten Empfang in Gegenwart zahlreicher kanadischer Abgeordneter eingeladen.

Den Abschluß der Reise bildete ein Besuch im Energieministerium der Provinz British Columbia in Victoria, der auf einer Insel im Pazifik gelegenen Provinzhauptstadt. Vizestaatssekretär McRae, zuständig für Angelegenheiten des Bergbaus und der Rohstoffwirtschaft begrüßte hier die Ausschlußmitglieder. Er zeigte sich sehr erfreut über das deutsche Interesse am kanadischen Bergbau. Fachleute aus dem Ministerium informierten die Gäste über die von der Provinz erlassenen Vorschriften zum Arbeits- und Gesundheitsschutz im Bergbau in British Columbia.

Im Mittelpunkt stand auch hier der Brand- und Explosionsschutz im untertägigen Steinkohlenbergbau, wo die behördlichen Anforderungen in etwa den deutschen Vorschriften entsprechen. Wie schon bei den vorausgegangenen Gesprächen in den diversen kanadischen Forschungseinrichtungen kam auch hier in Victoria die Diskussion bald auf das Thema der Dieselaugase im Untertagebergbau. Große Aufmerksamkeit widmen die kanadischen Experten insbesondere den Rußpartikeln im Abgas. Da auch in der Bundesrepublik eine intensive Diskussion über die mögliche Kanzerogenität dieser Emissionen in Gang gekommen ist, ergaben sich hier interessante Anregungen für die nordrhein-westfälischen Abgeordneten und die Sachverständigen.

Anhörung: Auswirkungen des Binnenmarktes auf Nordrhein-Westfalen II

Nationale Eigenheiten der Wirtschaft in den Mitgliedstaaten erhalten

Auf hohen Handlungsbedarf im Abfallsektor wies Walter Sauter (Bund für Umwelt und Naturschutz) hin. Dieser solle zum Modell für Subsidiarität werden: möglichst erzeugernahe Lösungen zur Vermeidung von Abfall und sinnvoller Verwertung, im Gegensatz zu zentralen, betroffenenfernen Großlösungen. Wegen der Transitfunktion von NRW erwarte der BUND massive Maßnahmen zur Verkehrsvermeidung. Bei Nahrungsmitteln befürchte der BUND Qualitätseinbußen auf dem niedrigsten gemeinsamen Niveau.

Joachim Wischermann (Vereinigung der Industrie- und Handelskammern) hielt unternehmerisches Handeln für entscheidend. Die stärkere innereuropäische Verflechtung, erkennbar an Auslandsinvestitionen der deutschen Wirtschaft, habe wenig mit dem Binnenmarkt zu tun, sondern mehr mit im Vergleich ungünstigeren Rahmenbedingungen im Stammland. Durch den Wegfall des Rubelblocks als Wirtschaftseinheit stellten sich alle Fragen neu. Generell treffe der freie Wettbewerb alle Bereiche. Es werde Gewinner und Verlierer geben. Die NRW-Wirtschaft habe sich auf die EG eingestellt, ihre Kenntnisse seien ausreichend. Personal müsse fortlaufend trainiert werden. Die zunehmende Regelungsdichte sowie Normierungen machten die EG für kleine und mittlere Unternehmen schwierig. Sie müßten sich Normen der Großbetriebe beugen. Die neuen komplizierten Umsatzsteuern brächten Unsicherheit und hohen Aufwand. Unterschiedliche Rechtspraxis führe zu Wettbewerbsverzerrungen. Das EG-weite öffentliche Auftragswesen greife noch nicht. Das „Europa der Regionen“ rege zu positiven Lösungen räumlicher Probleme an. Die Euregios mit Belgien und den Niederlanden zeigten das.

Dr. Thomas Köster (NRW-Handwerkstag) sagte: „Das NRW-Handwerk begrüßt vorbehaltlos die Bestrebungen zur wirtschaftlichen und politischen Einheit in Europa.“ Das Handwerk sei unmittelbar einbezogen und entscheidend vom freien Austausch von Waren und Dienstleistungen abhängig. Ungefähr 10 000 europäische Normen müßten vereinheitlicht werden, bisher seien erst 2 500 verabschiedet. Von einheitlichen Märkten könne im Hinblick auf technische Spezifikationen noch lange keine Rede sein. Zu kritisieren sei der Ausschluß mittelständischer und handwerklicher Interessen bei der europäischen Normentwicklung. Normen würden von wenigen Industrieunternehmen bestimmt. Zur Qualitätssicherung müßten dem Handwerk angemessene Formen der Auditierung und Zertifizierung gefunden werden. Bei staatlichen Aufträgen gebe es kaum grenzüberschreitenden Wettbewerb. Die Niederlande und Belgien schotteten ihre öffentlichen Baumärkte weitgehend ab. Wie durch ein Brennglas zeige der Binnenmarkt Stärken und Schwächen. Systemschwächen in NRW seien steigende Lohnkosten und besonders hohe Lohnzusatzkosten. Lokale und regionale Märkte für persönliche Dienstleistungen wie Installieren, Reparieren und Warten in Nachbarländern würden bevorzugt vom deutschen Handwerk besetzt. Mißgriffe der EG-Bürokratie aus der Sicht des Handwerks seien die Übergangsregeln für die Mehrwertsteuer, Hygienevorschriften beim Fleisch und Diskussionen

In der ganztägigen Anhörung des Unterausschusses Europapolitik des Hauptausschusses (Teil I des Berichts in der vorigen Ausgabe) informierten EG-Beamte, Frauenpolitikerinnen und Verbandssprecher die Abgeordneten am 29. September über die Auswirkungen des Binnenmarktes seit dem Jahresbeginn. Nach den Stellungnahmen der kommunalen Spitzenverbände und der Verbrauchszentralen nachstehend Kurzfassungen der Ausführungen von Sprechern zum Umweltschutz, der Industrie- und Handelskammern, des Handwerks, der Banken und Sparkassen sowie des Verlagshandels.

über eine Dienstleistungshaftungsrichtlinie. Abzuschaffen seien die Richtlinien zur Produkthaftung und zum Jahresabschluß und die Bilanzrichtlinie.

Zur Frage „Kann heute bereits von einer friktionfreien Abwicklung aller grenzüberschreitenden Bankgeschäfte im Binnenmarkt gesprochen werden?“, die der Sprecher des Handwerks klar verneinte, führte Jürgen Stein (NRW-Bankenvereinigung) aus, der Auslandszahlungsverkehr sei nach wie vor besonders aufwendig. Automatisierte Abwicklung scheitere an fehlenden Angaben. Beauftragte Institute müßten bei den ausländischen Korrespondenzbanken Fremdwährung vorhalten. Die Kosten dafür entfielen erst bei einer einheitlichen europäischen Währung. Um zu günstigerer Abwicklung des Überweisungsverkehrs zu kommen, richte die deutsche Kreditwirtschaft eine zentrale Clearingstelle in Frankfurt ein. Außerdem habe sie einen maschinell lesbaren Euro-Überweisungsvordruck entwickelt.

Weitere Ungleichheiten gebe es bei den Mindestreservesätzen, bei der Kapitalertragsteuer, wodurch es erhebliche Kapitalabflüsse aus Deutschland gebe, beim Investment, bei der Geldwäsche, im Bereich der Sozialpolitik und bei der Bankaufsicht. Für den Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger befürchtete Heinz-Uwe Rübenaach negative Auswirkungen auf die Zeitungszustellung durch die auf EG-Ebene geplante Abschaffung sozialversicherungsfreier Beschäftigung. Die Werbe- und Vertriebsfreiheit sei eingeschränkt durch Verbote wie für Tabakwerbung in Nachbarländern. Das Grundrecht der Presse- und Informationsfreiheit werde dadurch verletzt. Im demnächst erwarteten Grünbuch zum Werbe- und Wettbewerbsrecht, beim Urheberrecht und bei der garantierten Meinungsvielfalt müßten nationale Traditionen beibehalten und Besonderheiten Vorrang erhalten. Bei der Betriebsräte-EG-Richtlinie fehle der Tendenzschutz.



Fahrradtouren und themenbezogene Reiseangebote sind in, meinten Fremdenverkehrsfachleute bei der Anhörung des Wirtschaftsausschusses Ende September im Landtag.
Foto: Schüler

Um Tourismus und Natur stärker in Einklang zu bringen, ist es notwendig, einen großen Teil der Freizeit und des Reisens in größtmögliche Nähe zum Wohnen zu verlagern.

„Es kann nie ökologisch sein, wenn Bürger des Ruhrgebiets am Wochenende an die Nordsee fahren“, meinte der NRW-Landesverband des Naturschutzbunds anlässlich der Anhörung des Wirtschaftsausschusses zum Thema Tourismus am 30. September.

Für die Anreise mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu Kuren und Urlaubsaufenthalten sollte es finanzielle Anreize geben, wie eine ermäßigte Kurtaxe.

Vom Rückgang des Kurgästaufkommens bei den „offenen Badekuren“ um etwa 40 Prozent durch die Gesundheitsstrukturreform berichtete der Geschäftsführer des NRW-Bäderevereins, Dieter Eibach aus Salzuflen. Die Selbstbeteiligung der Versicherten sei mitursächlich für die Abhängigkeit der Kurortauslastung vom Gesetzgeber und der Wirtschaftslage. Schriftlich machte die Gewerkschaft Nahrung/Genuß/Gaststätten auf den Verdrängungswettbewerb durch die internationale Hotellerie aufmerksam. Hotelketten brächten durch Rabatte das Preisgefüge durcheinander zu Lasten des Mittelstands.

CDU-Fraktion regte runden Tisch zum Strukturproblem der NRW-Theater an

Wegen der herausragenden Bedeutung für die Geschichte des größten Bundeslandes und seines Parlaments sowie aus Gründen des Denkmalschutzes hat der Kulturausschuß einstimmig dem Landtag empfohlen, sich dafür einzusetzen, das Ständehaus (ehemals Haus des Preußischen Landtags der Rheinprovinz, das von 1949 bis 1988 als Haus des Landtags gedient hat) als Stätte der Landesgeschichte mit multifunktionaler Verwendung als Haus der Landesgeschichte zu nutzen. Dafür soll es nach dem Willen des Kulturausschusses, der diesen Beschluß unter Leitung der Vorsitzenden Hildegard Matthäus (CDU) faßte, instand gesetzt werden. Eine darüber hinausgehende Nutzung von Teilbereichen zur Minderung der Folgekosten soll dabei vorgesehen werden.

Anschließend nahm der Ausschuß die Beratungen zum Kulturhaushalt für das Jahr 1994 auf und nahm hierzu die Einführungsberichte der Staatskanzlei, des Kultusministeriums und des Ministeriums für Stadtentwicklung und Verkehr zu den in seinen Zuständigkeitsbereich fallenden Haushaltspositionen entgegen. Staatssekretär Dr. Besch (Kultusministerium) führte in seinem Bericht aus, daß auch die Kunst- und Kulturförderung der unerfreulichen Finanzsituation habe Rechnung tragen müssen. Es bestehe jedoch kein Anlaß zu einem allgemeinen Lamento. Die genauere Betrachtung des Kulturhaushalts zeige, daß das Kultusministerium bemüht sei, einmal den Standard zu halten (Stichwort: Auffangen von Personalkostenerhöhungen, so bei der Landesmusikakademie, Kornelimünster, den

Staatlichen Büchereinstellen und Staatlichen Archiven), aber auch den kulturpolitisch erwünschten Ausbau von Vorhandenem und Beginn neuer Maßnahmen (Schloß Moyland, Synagoge Recklinghausen) im Blick zu haben. Zweitens habe eine beachtliche Zahl von Haushaltsansätzen gehalten werden können. Hier könnten durch Konzentration der Mittel und auch durch Rationalisierung die Standards gehalten werden (Kunstsammlung NRW, Förderpreise, Stipendien, Lippisches Landesmuseum, eventuell auch bei den privaten Orchestern). Schließlich sei einzuräumen, daß es schmerzliche Einschnitte gegeben habe (Bibliothekswesen, kommunale Kunstankäufe, kommunale Orchester, kommunale Theater, Kultursekretariate, Ruhrfestspiele). Insgesamt sei aber, so der Staatssekretär in sei-

nem ausführlichen Bericht, zu bilanzieren, daß angesichts der bekannten schwierigen Lage der vorliegende Kulturhaushalt 1994 ein mit vernünftigen Augenmaß gestalteter Entwurf sei. Alle wichtigen Maßnahmen und Einrichtungen könnten weitergeführt werden, einige davon mit bisherigem Standard, andere in reduziertem Umfang. Kein Zuwendungsempfänger werde gezwungen sein, infolge geringerer Landeszuwendungen seine Arbeit einzustellen. Die Haushaltsansätze für Kirchen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften bis hin zu Bildende Kunst, Musik, Literatur, Theater und Film werden 1994 insgesamt mit 204,5 Millionen Mark veranschlagt gegenüber den diesjährigen Mitteln von ca. 212,5 Millionen Mark. Das ergebe ein tatsächliches Minus von rund acht Millionen Mark oder 3,78 Prozent. Da die Situation der Finanzen nicht erfreulich sei, solle hier nichts schöngeredet werden.

Für die Kulturförderung sei die Lage wegen der nicht gerade üppigen Ausgangsposition der einzelnen Haushaltsansätze schmerzhaft. Die Kürzungen im Jahr 1993, die durch die im Haushaltsgesetz vorgegebene globale Minderung aber erforderlich geworden seien, hätten das Problem weiter verschärft, zumal diese Kürzungen zur Grundlage für den Haushaltsentwurf 1994 hätten gemacht werden müssen.

Die Detailberatungen zu den kulturrelevanten Haushaltspositionen werden die Ausschußmitglieder, die sich zunächst auf eine allgemeine Aussprache beschränkten, in der nächsten Sitzung vornehmen.

Des weiteren befaßte sich der Kulturausschuß mit dem Antrag der CDU-Fraktion zur Neustrukturierung der Theaterlandschaft in Nordrhein-Westfalen (Drs. 11/5473). Die Sprecherin der CDU-Fraktion, Professor Dr. Renate Möhrmann, stellte in ihren Erläuterungen zum Antrag besonders heraus, daß die viel zitierte Theaterkrise mehr als eine Finanzkrise sei. Sie sei, wie auch in der Fachwelt unbestritten, eine Strukturkrise. Es sei Aufgabe des Landes, sich zur Bewältigung des generellen Strukturproblems des gesamten Theaterwesens in Nordrhein-Westfalen an den runden Tisch zu setzen. Daher auch die im Antrag enthaltende Forderung, durch den Landtag zu beschließen, eine Expertenkommission zur Neustrukturierung der Theaterlandschaft in Nordrhein-Westfalen einzusetzen.

Der Sprecher der SPD-Fraktion, Dr. Eugen Gerritz, würdigte den CDU-Antrag als einen der bisher ernsthaftesten. Bisher sei zum Theaterbereich alles mehr unter finanziellen Aspekten und nie die qualitative und strukturelle Frage gestellt worden. In der Tat stünden alle Beteiligten in den Kommunen vor dem großen Theaterproblem. Wenngleich der Antrag an sich als notwendig erachtet werde, warne er aber davor, die geforderte Theaterkommission unter Federführung des Landes einzusetzen. Dies sei Sache der Verantwortlichen. Nach Ansicht von Brigitte Schumann, Sprecherin der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN handle es sich hier um eine Effizienzfrage. Auch wenn das Land nur geringe Zuschüsse zum Theaterwesen zahle, trage es Verantwortung. Sie sprach sich für die Einsetzung einer Theaterkommission, allerdings ohne Federführung des Landes, aus. Dr. Gerritz stellte fest, daß die Ausschußdiskussion, die Professor Möhrmann als sehr positiv bewertete, mit dem jetzigen Beratungsdurchgang nicht ihr Ende gefunden habe.



Drei Mitglieder des Verfassungsgerichtshofs für das Land Nordrhein-Westfalen hat Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe am 7. Oktober im Landtag vereidigt. Den Eid nahm sie dem Präsidenten des Oberlandesgerichts Köln, Dr. Heinz-Dieter Laum, als Mitglied sowie dem Vizepräsidenten des Oberlandesgerichts Köln, Dr. Alarich Richter, und dem Vizepräsidenten des Oberverwaltungsgerichts für das Land Nordrhein-Westfalen, Dr. Hans-Georg Franzke, als stellvertretende Mitglieder ab. „Ich wünsche Ihnen viel Erfolg und für Ihre verantwortungsvolle Tätigkeit stets eine glückliche Hand“, schloß die Präsidentin. Foto: Schüler

Sport baut...

Fortsetzung von Seite 8

vor, aus dem Kultusminister Hans Schwier (SPD) in der Landespressekonferenz hervorhob: „Wer Sport treibt, lebt nicht automatisch gesünder, hält aber besser Schulstreß aus und ist integriert.“

Zum Hintergrund: An rund 70 nordrhein-westfälischen Schulen sind im vergangenen Herbst 3630 Kinder und Jugendliche im Rahmen einer repräsentativen Studie von Wissenschaftlern der Universität Bielefeld (Professor Dietrich Kurz) und der Freien Universität Berlin (Professor Hans-Gerhard Sack) befragt worden, inwieweit Sportvereine bei Integration, Identitätsfindung und

gesunder Lebensführung behilflich sind. Ferner sollte untersucht werden, ob ein Engagement in Sportvereinen auch langfristig an Vereinskultur bindet oder ob Strukturen der Vereine sowie gesellschaftliche Wertewandel Mädchen und Jungen von ihnen fernhalten.

Bei den Richtlinien für Golfplätze bestand interfraktionelle Einigkeit darüber, daß der derzeitige Orientierungsrahmen für Standortbeurteilungen nicht mehr haltbar sei. Der Sportausschuß verständigte sich darauf, auf der Grundlage einer Verhaltenssynopse sowie detaillierter Antworten zu einem Fragenkatalog in Kürze neue Richtlinien für die Errichtung von Golfplätzen unter Einbeziehung von Umweltschutzbelangen zu erarbeiten.

Auch in Mühle und Offizierskasino Tageseinrichtungen für die Kinder

In Nordrhein-Westfalen entstehen 26 Kindertageseinrichtungen durch Umnutzung von Baudenkmälern und stadtbildprägenden Gebäuden. Etwa 1500 Kinder werden mit Hilfe der Städtebauförderung in „alten Bausubstanzen“ einen Platz finden können. Das geht aus der Antwort der Landesregierung auf eine Kleine Anfrage der F.D.P.-Abgeordneten Ruth Witteler-Koch hervor. Das Stadtentwicklungsministerium teilt mit, das Land werde diese ersten 26 Maßnahmen bei zuwendungsfähigen Kosten in Höhe von 41 Millionen Mark und einem Fördersatz in Höhe von 70 Prozent der Kosten des Umbaus und gegebenenfalls des Ankaufs der Gebäude mit rund 28,8 Millionen Mark aus Stadterneuerungsmitteln fördern. Insgesamt liegen den fünf Regierungspräsidenten 36 Anträge auf Förderung der Umnutzung vor. 26 Anträgen konnte bisher entsprochen werden. Bei den Baudenkmälern und stadtbildprägenden Gebäuden handelt es sich um das ehemalige Städtische Krankenhaus in **Altena**, die ehemalige Richterwohnung im Amtsgerichtsgebäude **Attendorf**, die alte Hegelschule in **Bochum**, den Wilmshof in **Gelsenkirchen**, das Gebäude der ehemaligen Zeche Maximilian in **Hamm**, die ehemalige Bergbauberufsschule Scherlebeck in **Herten**, das alte Pfarrhaus in **Hille**, die Villa Baron in **Hopsten**, das alte Waisenhaus in **Iserloh**, die alte Schule in **Jüchen**, das ehemalige Lehrerhaus in **Kamen**, die alte Grundschule in **Kirchlingern**, die ehemalige Verwaltungsstelle **Lünen**, das Baudenkmal Kastanienplatz in **Nottuln**, die alte Frobelschule in **Moers**, die ehemalige Oberstadtdirektorenvilla in **Recklinghausen**, die alte Villa Lüttringhauser Straße und das alte Wohnhaus Hofstraße in **Remscheid**, das Baudenkmal Kirchstraße in **Siegen**, das Gebäude Brinkerstraße in **Sprockhövel**, das ehemalige alte Rathaus in **Troisdorf**, die alte Mühle in **Warburg**, das ehemalige Rathaus Buderich in **Wesel**, das ehemalige Offizierskasino der britischen Rheinarmee in **Willich**, das Baudenkmal Wilhelmstraße in **Wülfrath** und die ehemalige Schule Bayenburger Freiheit in **Wuppertal**.

Flugbetrieb auf manchem Landeplatz jetzt eingeschränkt

Zum Schutz der Bevölkerung vor Fluglärm durch den Flugbetrieb der allgemeinen Luftfahrt seien bereits an verschiedenen Landeplätzen Betriebsregelungen mit Beschränkungen des Flugbetriebs verfügt worden. Diese Maßnahmen zielten in erster Linie darauf ab, den lärmintensiven Platzrundenbetrieb an Sonn- und gesetzlichen Feiertagen einzuschränken. Darüber hinaus sei es ein wesentliches Ziel der Politik der Landes-



Israelische Lehrerinnen und Lehrer haben den Landtag in Düsseldorf besucht und sind von Landtagsvizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose (8. v.l.) empfangen worden. An der Begrüßung nahmen auch die Abgeordneten Beatrix Philipp (CDU, Mitte hinten) sowie Herbert Heidtmann (SPD, 8. v.r.) teil. Die Pädagoginnen und Pädagogen, die dem israelischen Sekundarschullehrerverband angehören, stammten aus Städten wie Jerusalem, Tel Aviv, Haifa, Nazareth, aber auch aus kleineren Orten des Landes. Ihr Studienaufenthalt in Nordrhein-Westfalen dauerte 14 Tage. Sie waren weitgehend bei Gastfamilien in Münster und Coesfeld untergebracht. Zum Programm gehörten neben kulturellen Unternehmungen und Exkursionen auch sehr viele persönliche Begegnungen.
Foto: Schüler

regierung, bei der Gestaltung der Tarife für Landegebühren den Einsatz von umweltverträglichen Propellerflugzeugen, die den „erhöhten Schallschutzanforderungen“ entsprechen, durch finanzielle Vorteile nachhaltig zu fördern. Das geht aus der Antwort des Verkehrsministeriums auf eine Kleine Anfrage der Grünen-Abgeordneten Gisela Nacken und Gerd Mai hervor, die gefragt hatten, ob der Lärmschutz durch eine Zulassungswelle von Ultraleichtflugzeugen unterlaufen werde (Drs. 11/5882).

Versorgungswerk

Der Landtag hat das Gesetz über die Versorgung der Wirtschaftsprüfer und der vereidigten Buchprüfer (Drs. 11/5393) angenommen. Karl Meulenbergh (CDU) erläuterte als Berichterstatter des Haushalts- und Finanzausschusses namens aller Fraktionen: Die in Düsseldorf beheimatete und bundesweit einzige für diese Berufe zuständige Organisation trägt den vorgelegten Gesetzentwurf und stützt sich dabei auf immerhin 70 Prozent ihrer 11000 Mitglieder. Eine solche breite Zustimmung kann nicht überraschen, da gerade kleine Praxen aus der neuen Gesetzesregelung Vorteile ziehen. Risiken wie Berufsunfähigkeit und Tod werden aufgefangen, und für das Alter wird eine ausreichende Grundversorgung geschaffen... Den Freiberuflern war lange der Zugang zur gesetzlichen Rentenversicherung verwehrt worden... 50 Einrichtungen, die als Anstalten des öffentlichen Rechts organisiert oder als unselbständiges Sondervermögen berufsständischer Kammern geführt werden, haben sich in der 1978 gegründeten Arbeitsgemeinschaft berufsständischer Versorgungseinrichtungen zusammengeschlossen. Wirtschaftsprüfer und vereidigte Buchprüfer sollen von dieser positiven Struktur nicht länger ausgeschlossen bleiben. Da Nordrhein-Westfalen mit dem Gesetz über die Versorgung der Wirtschaftsprüfer und vereidigten Buchprüfer bundesweit Neuland

Die Amtssprache ist deutsch

Im Finanzbereich ist nach Paragraph 87 Absatz 1 der Abgabenordnung (AO) die Amtssprache deutsch. Werden bei einer Finanzbehörde Belege oder sonstige Schriftstücke in einer fremden Sprache vorgelegt, kann sie verlangen, daß unverzüglich eine Übersetzung vorgelegt wird. Andernfalls kann sie auf Kosten des Beteiligten selbst eine Übersetzung beschaffen. Das geht aus der Antwort des Finanzministeriums auf eine Kleine Anfrage der GRÜNE-Fraktionssprecherin Bärbel Höhn hervor. Frau Höhn nennt das Beispiel eines Professors, der italienische Fachliteratur in seiner Steuerklärung habe geltend machen wollen. Die zuständige Finanzbehörde habe ihm jedoch die Absetzung von Fachliteratur in italienischer Sprache mit der Begründung verwehrt, Belege in italienischer Sprache könnten nicht berücksichtigt werden, da die Amtssprache deutsch sei. Was rate die Landesregierung Menschen, die die europäische Integration ernst nähmen, fragte die Politikerin (Drs. 11/6043).

betrifft und allein bei uns über ein Drittel der registrierten Wirtschafts- und Buchprüfer tätig ist, wird das Gesetz Pilotfunktionen übernehmen. Eine Öffnungsklausel braucht allerdings nicht vorgesehen zu werden. Kooperationen mit anderen Bundesländern sollten in Form von Staatsverträgen abgeschlossen werden... Das Versorgungswerk wird sich ausschließlich aus eigenen Mitteln tragen und aufgrund seiner Struktur die Solidargemeinschaft der Versicherten nicht betreffen. Eine Haftung des Landes ist zudem ausgeschlossen, was bei der angespannten Finanzlage sicherlich notwendig ist und die Zustimmung aller Anwesenden findet.

SPD-Fraktion

Gesetzentwurf schützt Kinder nicht vor Gewalt

„Kinder sind gewaltfrei zu erziehen. Entwürdigende Erziehungsmaßnahmen, insbesondere körperlich und seelisch verletzende Strafen, sind unzulässig.“ Diesen Antrag zur gewaltfreien Erziehung von Kindern hat die SPD-Fraktion einstimmig beschlossen. Der Antrag, den SPD und Grüne gemeinsam im Landtag einbrachten, fordert die Landesregierung auf, im Bundesrat für eine entsprechende Änderung im Bürgerlichen Gesetzbuch einzutreten. Begründet wird der Antrag damit, daß der von der Bundesregierung beschlossene Entwurf zur

Änderung des Paragraphen 1631 BGB (Mißhandlungsverbotsgesetz) unzureichend ist, weil er das elterliche Recht auf körperliche Züchtigung nicht verbietet. Nach Auffassung der SPD-Fraktion wird damit kein klares Werturteil gegen körperlich und seelisch gewalttätige Erziehungsmaßnahmen gefällt. Dies ist aber notwendig, um die gesellschaftliche und rechtliche Mißbilligung des Einsatzes von Gewalt in der Erziehung von Kindern deutlich zu machen. Die vielen Fälle von Gewalt in den Familien zeigen die Notwendigkeit einer eindeutigen gesetzlichen Regelung für eine gewaltfreie Erziehung.

★

Mit überwältigender Mehrheit hat die SPD-Landtagsfraktion sich dafür ausgesprochen, die Verpflichtung zur Ausstrahlung von Wahlwerbendungen beizubehalten. „Die Demokratie darf nicht vor extremistischen Parteien durch

Verzicht auf demokratische Errungenschaften kapitulieren“, erklärte die Fraktion. Die Auseinandersetzung mit extremistischen Positionen müsse durch politische Auseinandersetzung erfolgen.

Mit ihrer eindeutigen Stellungnahme stärkte die Mehrheitsfraktion die These von Ministerpräsident Rau, der sich bereits öffentlich für die Beibehaltung der Wahlwerbespots ausgesprochen hatte. Auf Seiten der Länder haben sich auch die Ministerpräsidenten Bayerns, Mecklenburg-Vorpommerns, Sachsens, Sachsen-Anhalts und Thüringens ausdrücklich für eine Beibehaltung der geltenden Regelungen ausgesprochen. „Damit lehnt auch Nordrhein-Westfalen den Vorschlag des NDR-Intendanten Plog ab, Wahlwerbendungen der politischen Parteien zu streichen“, betonte Jürgen Büsow als medienpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion.

CDU-Fraktion

Chance der Krise zum Strukturwandel nutzen

„Die Zukunft unseres Landes muß uns allen eine außergewöhnliche Anstrengung wert sein!“ Mit diesen Worten wies der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion in Nordrhein-Westfalen, Dr. Helmut Linssen, vor der Sektion Essen des CDU-Wirtschaftsrats auf die Notwendigkeit hin, den Strukturwandel in Nordrhein-Westfalen zu realisieren. Der Standort Nordrhein-Westfalen sei grundsätzlich positiv zu bewerten, betonte Linssen

und wies auf die „hervorragend qualifizierten und zuverlässigen Arbeitnehmer, den stabilen sozialen Frieden und eine noch gute Wirtschaftsinfrastruktur“ hin. Der CDU-Politiker wörtlich: „Abgesehen von den Standortbestimmenden Faktoren, die in der Regelungsverantwortung der Wirtschaft liegen, ist es ureigenste Aufgabe des Staates, die allgemeinen Rahmenbedingungen den zeitgemäßen Erfordernissen anzupassen.“

Als Beispiele für staatliche Einflußmöglichkeiten nannte der CDU-Politiker ein wirtschaftsfreundliches Klima, einen leistungsfähigen Mittelstand, berufliche Qualifizierung, die Förderung von Innovation und moderner Technologien sowie den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur und eine umwelt- und kostengünstige Energieversorgung. Die

mittelständische Wirtschaft müsse steuerliche Rahmenbedingungen erhalten, die ihr reelle Chancen für den Wettbewerb innerhalb Europas ermöglichen.

Bei der Bewältigung der gegenwärtigen Krise muß der Staat nach Linssens Worten „mit gutem Beispiel vorangehen“. Unter dem Stichwort „schlanker Staat“ nannte der CDU-Politiker „eine kritische Überprüfung der Aufgaben und Personalbestände in der öffentlichen Verwaltung auf allen Ebenen“, die Vereinfachung und Verkürzung von Verfahrenswegen sowie die Privatisierung alljener Bereiche, in denen keine hoheitlichen Aufgaben zu erfüllen seien. Auf die besorgniserregende Kostenentwicklung müsse die öffentliche Hand mit Einsparungen anstelle von Steuererhöhungen reagieren, betonte Linssen.

F.D.P.-Fraktion

Landesrechnungshof soll mundtot gemacht werden

Mit einem Gesetzentwurf zur Änderung des Gesetzes über den Landesrechnungshof will die SPD-Landtagsmehrheit offensichtlich kritische Stellungnahmen des Landesrechnungshofes wie zuletzt zur Mißwirtschaft im Frauenministerium und im Landesinstitut für Schule und Weiterbildung in Soest in Zukunft verhindern.

In Zukunft soll das sogenannte Große Kollegium mit seiner SPD-Mehrheit sicherstellen, daß der SPD nicht genehme Vorlagen des Landesrechnungshofes nicht mehr an Parlament und Öffentlichkeit gelangen. Bisher konnten die einzelnen Senate selbständig und unabhängig über die Unterrichtung des Parlaments entscheiden.

Mit diesem „großen Verhinderungskollegium“ werden die bisher kritischen Senate des Landesrechnungshofes abgestraft. Haben sie es doch gewagt, die Landesregierung und SPD-Mehrheit an die Grundsätze des Haushaltsrechtes — Wirtschaft-

lichkeit und Sparsamkeit — auch öffentlich zu erinnern.

Mit dieser Beschränkung des Landesrechnungshofes durch die SPD werden in einer parlamentarischen Demokratie unerläßliche Kontrollrechte eingeschränkt. So etwas kann nur einer absoluten oder besser gesagt absolutistischen Mehrheit einfallen. Man muß sich wirklich fragen, was diese SPD in der Spätphase ihrer Regierungszeit noch alles ausheckt, um krampfhaft Mehrheiten zu sichern.

*) Diese Mitteilungen liegen in der alleinigen Verantwortung der Fraktionen.

DIE GRÜNEN-Fraktion

Würgassen-Atommüll kommt in Bundesrepublik zurück

Der Atomabfall aus dem nordrhein-westfälischen Atomkraftwerk Würgassen kommt in die Bundesrepublik zurück. Nach Informationen der Landesregierung sollen im Dezember 1994 die ersten 21 Glaskokillen, Behälter mit hochradioaktivem verglasten Abfall, aus der Wiederaufbereitungsanlage in La Hague, Frankreich, nach Deutschland transportiert werden. Die Menge der Glaskokillen entspricht der Menge an hochradioaktiven Stoff-

fen, die in zwei Jahren im Atomreaktor Würgassen erzeugt wurden. Diese Information ergibt sich aus der schriftlichen Antwort von Wirtschaftsminister Einert auf eine Mündliche Anfrage der grünen Abgeordneten Katrin Grüber.

„Die Auskunft der Landesregierung macht deutlich, daß in der Atompolitik das Motto ‚Aus den Augen, aus dem Sinn‘ bestenfalls eine Selbsttäuschung ist. Wer die Wiederaufbereitung als Warteschleife für die ungeklärten Probleme der Entsorgung betrachtet, handelt unverantwortlich. Die Wiederaufbereitung muß beendet werden. Auch der jüngste Bericht des Bundesrechnungshofes, der die Wiederaufbereitung als unwirtschaftlich bezeichnet, stützt diese Position. Entscheidend ist, daß die ständige Produktion von Atomabfällen durch den Betrieb von Atom-

kraftwerken eingestellt wird. Deswegen ist die Stilllegung des AKW Würgassen ein entscheidender Schritt, der zur Lösung des Entsorgungsproblems getan werden kann“, betont Katrin Grüber.

Nach Auskunft der Landesregierung ist geplant, die Glaskokillen in dem sogenannten Behälterlager in Gorleben zwischenzulagern. Die Genehmigung dafür liegt aber nicht vor, der Erörterungstermin dazu hat am 6. September 1993 begonnen. Außerdem muß auch eine Genehmigung für die Behälter vorliegen. Völlig ungewiß ist, was im Falle von ablehnenden Bescheiden mit dem Atommüll passiert. Dies unterstreicht die Notwendigkeit des Ausstieges aus der Wiederaufbereitung. Dafür fordert Katrin Grüber die Landesregierung zu gemeinsamen Anstrengungen auf.

Zukunftsstädte

An den federführenden Wohnungsbauausschuß hat der Landtag den CDU-Antrag „Städte der Zukunft für Nordrhein-Westfalen — Neue Anforderungen an die Siedlungs- und Stadtentwicklung“ (Drs. 11/5653) überwiesen. **Klaus-Dieter Völker** (CDU) begründete den Antrag mit der Notwendigkeit, daß das Land „eine Raumstruktur benötigt, die verkehrsvermindernd wirkt, eine besondere räumliche Zuordnung der verschiedenen Aktivitäten ermöglicht und Bedürfnisse wie Wohnen, Arbeiten, Freizeit und Produktion miteinander verknüpft“. Das alles erfordere neue Akzente in den Bereichen Raumordnung, Wirtschaftsförderung, Landesentwicklung, Strukturpolitik und Wohnungsbau sowie Umweltschutz. „Aus dem Land im Umbruch muß ein Land des Aufschwungs werden“, schloß Völker. Eine Unterstützung und Bestätigung der SPD-Politik sah **Robert Schumacher** (SPD) in der CDU-Initiative. Skepsis empfand er bei der „Wunderkraft“ eines einheitlichen Landesentwicklungsplans: Er halte mehr von Gebietsentwicklungsplänen und kommunalen Planungen. Zudem habe seine Fraktion diesen einheitlichen Plan schon gefordert. **Hans-Joachim Kuhl** (F.D.P.) fand es richtig, daß in einem Gesamtkonzept gewisse Funktionen räumlich zusammengebracht werden sollen. Er vermisse aber im Wohnungsbau die Forderung der Standardüberprüfung und zudem den Gedanken der Integration der einzelnen Regionen in Europa. Vieles sei an dem CDU-Antrag noch aufzuschlüsseln und zu konkretisieren. **Gisela Nacken** (GRÜNE) freute sich, daß das Motto ihrer Fraktion von einer „Stadt der kurzen Wege“ aufgegriffen worden sei. Daneben gebe es deutlich mehr Entwicklungen, die für immer stärkeren Freiflächenverbrauch und Individualverkehr sorgten; so sei es längst noch nicht soweit, daß die Trennung von Arbeiten und Wohnen aufgehoben sei. Man benötige weniger ein neues Leitbild als politische Prioritätensetzung. **Bauministerin Ilse Bruns** (SPD) sah Städte und Gemeinden in einer der schwierigsten Anpassungsphasen seit dem Wiederaufbau. Es sei gut, daß die CDU das Thema Stadtentwicklung neu entdeckte, zumal die Kommunen unter erheblichen Konsolidierungsdruck geraten seien. NRW habe dank seiner engagierten Städtebaupolitik in den 80er Jahren ein besseres städtebauliches Fundament als alle anderen Bundesländer, befand die Ministerin.

LANDTAG INTERN

Herausgeberin: Die Präsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen, Ingeborg Friebe
Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf,
Postfach 10 11 43, 40002 Düsseldorf

Redaktion: Eckhard Hohlwein (Chefredakteur),
Jürgen Knepper (Redakteur), Maria Mester-Grüner (Redakteurin), Telefon: (0211) 884 23 03,
884 23 04 und 884 25 45, btx: *5 68 01 #

Ständiger Berater der Herausgeberin für „Landtag intern“: Friedhelm Geraedts, Pressesprecher des Landtags

Redaktionsbeirat: Birgit Fischer MdL (SPD), Parlamentarische Geschäftsführerin; Heinz Hardt MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer; Hagen Tschoeltsch MdL (F.D.P.), Parlamentarischer Geschäftsführer; Beate Scheffler (GRÜNE), Abgeordnete; Hans-Peter Thelen (SPD), Pressereferent; Joachim Ludwig (CDU), Pressesprecher; Ulrich Marten (F.D.P.), Pressesprecher; Werner Stürmann (GRÜNE), Pressesprecher.

Nachdruck mit Quellenangabe erbeten

Herstellung: Triltsch Druck und Verlag, Düsseldorf
ISSN 0934-9154

LANDTAG INTERN wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Porträt der Woche



Erika Rothstein (SPD)

Als Erika Rothstein 1976 in die SPD eintrat, war sie schon über 40. Doch politisiert war sie schon lange, schon ihre beiden Großväter waren im damals noch in Einzelgemeinden zersplitterten Solinger Stadträte für die SPD. Das Engagement für die Arbeitnehmer, Unterprivilegierten und die sogenannten „kleinen Leute“ zieht sich durch die Biographie der Solinger Bürgermeisterin und SPD-Landtagsabgeordneten. In die aktive Politik geriet sie jedoch eher durch „Zufall“.

Die SPD-Abgeordnete, 1935 in Haan geboren, ist ausgebildete Industriekauffrau. Bis zu ihrem Einzug in den Landtag vor drei Jahren hatte sie 33 Jahre lang in einem großen Solinger Stahlhandelsunternehmen gearbeitet. Schon bald engagierte sie sich in der DAG und im Betriebsrat, bis sie die Belegschaft zur Betriebsratsvorsitzenden wählte. Politischen Ehrgeiz hatte sie nie. Gewerkschaftsfreunde überredeten sie 1976, in die SPD einzutreten, Parteifreunde überredeten sie 1979, für den Stadtrat zu kandidieren, und Ratsfreunde überraschten sie schließlich damit, daß sie 1984 Bürgermeisterin werden und 1990 sogar für den Landtag kandidieren sollte. Doch war sie einmal überredet und gewählt, ging sie die jeweils neue Aufgabe mit Spaß und Einsatz an.

In ihrer politischen Arbeit fühlt sie sich oft als Sozialarbeiterin. Für die häufig überfüllten Sprechstunden mit den „ganz normalen Leuten“ nimmt sie sich viel Zeit. Da werde ihr immer wieder deutlich, daß „verdammte viele Leute Hilfe brauchen“. Und ohne lange bürokratische Wege versucht das „soziale Gewissen von Solingen“, wie sie Parteifreunde gerne nennen, direkt zu helfen. Wenn sich zum Beispiel ein Ausländer bei ihr über die schlechte Behandlung von Seiten der Stadt beschwert, dann staucht sie auch schon mal den betreffenden Mitarbeiter auf dem Ausländeramt zusammen. Seit 1984 ist Erika Rothstein im Ausländerbeirat von Solingen, zu ihren Freunden gehören Angehörige vieler Nationalitäten.

So ist es kaum verwunderlich, daß sie in ihrer ersten Rede im Landtag für ein Bleiberecht der Roma in Nordrhein-Westfalen plädierte. Durch die Kontakte, die sie als Abgeordnete schnell zu den Spitzenbeamten der Düsseldorfer Ministerien aufbaute, konnte sie das fehlende Geld für einen Vorschulunterricht für ausländische Kinder lockermachen, der ausgerechnet in der Zeit des mörderischen Brandanschlags in Solingen beinahe wegen fehlender 45 000 Mark nicht zustande gekommen wäre. Freimütig bekennt sie sich dazu, als Solinger Abgeordnete im Landtag auch für ihre Stadt Lobbyarbeit zu betreiben. Das schließt auch so manchen Konflikt ein: So klagte sie gegen das Gemeindefinanzierungsgesetz, das ihrer Meinung nach Städte von der Größe Solingens benachteilige. Gleichzeitig stimmte sie im Landtag dafür; denn die Klage habe nur einen Teil des gesamten Gesetzes berührt. Im übrigen könne ohne Fraktions-

disziplin keine Politik durchgesetzt werden.

In Gewissensfragen läßt sich die Abgeordnete allerdings nicht in die Mehrheitsvorgaben einbinden. Die Grundgesetzänderung des Asylrechts beispielsweise hielt sie für völlig falsch; bei der entsprechenden Landtagssitzung blieb sie der Abstimmung fern. Als Parteilinke schreibt sie den Genossen gerne ins Stammbuch, daß die „Lebensleistung der SPD im Einsatz für die Benachteiligten, Unterdrückten, Entrechteten und Ausgepreßten“ liege. In den 80er Jahren engagierte sie sich in der Friedensbewegung; den Ostermarschierern stellte sie in Solingen eine Turnhalle für die Übernachtung zur Verfügung; atomare Bunkerplätze lehnte sie ab, sie könnten als „Kriegsvorbereitung“ mißverstanden werden.

In der Landtagsfraktion und in den Ausschüssen hält sich Erika Rothstein bisher zurück. Ein Fachgebiet, in dem sie sich als Expertin ausweisen könnte, hat sie noch nicht gefunden. Vielmehr sammelt sie Informationen, hört zu und läßt sich beraten. Ihr erwachsener Sohn Mathias zählt zu den engsten Beratern; er drängt unter anderem darauf, daß das „linke Gewissen“ seiner Mutter unter dem Anpassungsdruck der realen Politik keinen Schaden nimmt. Mit ihm ging sie in den letzten Jahren auch gerne auf exotische Urlaubsreisen. In ihrer knappen Freizeit zu Hause liest sie bevorzugt Horror-Romane.

Vom realen Streß mancher Plenar- und Fraktionssitzung hat sich Erika Rothstein bisher nicht abschrecken lassen. In ihren Augen verhindert das Doppelmandat als Bürgermeisterin und Abgeordnete, sich von den eigenen Wählern zu entfernen, ein Phänomen, daß sie bei manchen Kollegen beobachtet. Daß „die Erika nicht Gefahr läuft, Berufspolitikerin zu werden“ wird bei den Genossen in Solingen als positive Eigenschaft hervorgehoben. Insofern dürfte auch einer Kandidatur für 1995 nichts im Wege stehen. Richard Hofer

(Das namentlich gekennzeichnete „Porträt der Woche“ ist Text eines jeweiligen Gastautors und muß nicht immer mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen)

Zur Person

Geburtstagsliste

vom 13. bis 23. Oktober 1993

- 13. 10. **Manfred Degen** (SPD), 54 J.
- 14. 10. **Helmut Harbich** (CDU), 61 J.
- 14. 10. **Loke Mernizka** (SPD), 54 J.
- 16. 10. **Klaus Stallmann** (CDU), 48 J.
- 17. 10. **Horst Steinkühler** (SPD), 57 J.
- 20. 10. **Erika Rothstein** (SPD), 58 J.
- 23. 10. **Karl-Heinz Brülle** (SPD), 44 J.

★

Hans Schwier (SPD), Kultusminister des Landes Nordrhein-Westfalen, ist seit zehn Jahren im Amt. Im Oktober 1983 berief Ministerpräsident **Johannes Rau** (SPD) den ehemaligen Schulrat, 1926 in Lerbeck im Kreis Minden geboren, an die Spitze des Kultusministeriums. Er hatte zuvor das Ministerium für Wissenschaft und Forschung geleitet, ehe er Nachfolger von Kultusminister **Jürgen Girsensohn** (SPD) wurde. Hans Schwier ist seit 1970 Mitglied des Landtags. Der SPD gehört er bereits seit 1953 an. Seinen beruflichen Werdegang hatte er nach Abitur im Jahr 1946 und anschließendem pädagogischem Studium 1950 als Volksschullehrer begonnen, 1956 wurde er bereits Rektor und 1969 Schulrat für den Kreis Bielefeld. 1980 übernahm er mit dem Wissenschaftsministerium erstmals ein Ministeramt. Schwier ist verheiratet, hat drei Kinder und ist heute in Porta Westfalica zu Hause.

★

Leonhard Kuckart (CDU), stellvertretender Fraktionsvorsitzender, ist beim 50. Kreisparteitag der CDU des Ennepe-Ruhr-Kreises zum zwölften Mal zum Kreisvorsitzenden gewählt worden. Auf Kuckart entfielen von 156 gültigen Stimmen 154 Ja-Stimmen, eine Nein-Stimme sowie eine Enthaltung.

★

Dr. Reiner Klimke (CDU), stellvertretender Vorsitzender des Sportausschusses des Landtags und Medaillengewinner im Dressurreiten, wurde in den wissenschaftlichen Beirat des Essener Instituts für Sport und Gesellschaft berufen, das im Mai 1992 zur Erforschung soziokultureller Wirkungen von Sport gegründet worden war.

★

Dr. Maren Ernst-Vogel aus Bonn ist auf Vorschlag der CDU-Fraktion vom Landtag als ordentliches Mitglied für den Rundfunkrat des „Westdeutschen Rundfunks Köln“ (WDR) nachgewählt worden. Sie tritt die Nachfolge von **Christa Thoben** an, die ihr Mandat niedergelegt hat.

★

Fritz Pleitgen, Chefredakteur des Westdeutschen Rundfunks Köln (WDR), ist vom Rundfunkrat des Senders zum neuen Hörfunkdirektor gewählt worden. Intendant **Friedrich Nowotny** hatte ihn als Nachfolger von **Manfred Jenke** vorgeschlagen. Der 55jährige Pleitgen rückt damit zur zweithöchsten Position in der Senderhierarchie auf. Pleitgen war 1963 als Mitarbeiter der „Tagesschau“-Redaktion beim WDR eingestellt worden. Erst im März dieses Jahres hatte ihn der Verwaltungsrat für weitere fünf Jahre als Chefredakteur bestätigt. Auf diesen Posten war er 1988 berufen worden. Zuvor war Pleitgen seit 1970 ARD-Korrespondent in Moskau, Ostberlin, Washington und New York gewesen. Der aus Duisburg stammende Journalist hatte seine berufliche Laufbahn als freier Sportreporter begonnen.

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)



Der frühere Landtagspräsident **Karl-Josef Denzer** und fast das gesamte Kabinett erschienen neben den Spitzen der Fraktionen, zahlreichen Abgeordneten und vor allem Journalisten zum Abschiedsempfang des Landeskorrespondenten der NRZ, **Horst-Werner Hartelt** (wie berichtet), der nach 30jähriger Berichterstattung aus dem NRW-Landtag in den Ruhestand ging. Landtagsvizepräsident **Dr. Hans-Ulrich Klose** unterstrich das dauerhafte Engagement **Hartelts** für die Landespolitik. Ministerpräsident **Johannes Rau** hob sein politisches Gespür und seine kritische Feder hervor, die bei den Betroffenen nicht nur angenehme Lektüre ausgelöst habe. **Hartelt** bedankte sich für die Würdigungen durch **Professor Dr. Oppenberg** und Chefredakteur **Jens Feddersen** und für gründliches „Korrekturlesen“ des NRW-Regierungschefs. Als Nachfolger wurde das „NRZ-Gewächs“ **Theo Schumacher** vorgestellt. Von den mehr als 10 000 Artikeln, die im Archiv des Landtags während der 30jährigen Tätigkeit gesammelt wurden, erhielten **Horst-Werner Hartelt** und die Gäste eine Auswahl als Geschenk der Landtags-Pressedokumentation. Das Bild zeigt v.l. **Johannes Rau**, der **Frau Hartelt** begrüßt, **Horst-Werner Hartelt**, NRZ-Chefredakteur **Jens Feddersen** und Innenminister **Dr. Herbert Schnoor**.

Foto: **Scheidemann**

Dr. Klaus Bilda, bisher Präsident des Landgerichts in Bielefeld, ist von Justizminister **Dr. Rolf Krumstiek** (SPD) zum neuen Präsidenten des Oberlandesgerichts Düsseldorf ernannt worden. **Bilda** tritt die Nachfolge des in den Ruhestand tretenden Präsidenten **Dr. Heinrich Wiesen** an, der das Amt seit 1978 innehatte. **Klaus Bilda**, 1937 in Brandenburg geboren, trat 1968 als Assessor in den richterlichen Dienst des Landes NRW und wurde 1971 zum Landgerichtsrat in Bielefeld befördert. 1977 wurde er Richter am Oberlandesgericht und 1985 Vorsitzender Richter am Oberlandesgericht in Hamm. Seit 1989 war er wieder in Bielefeld tätig.

★

Frank Peter Zimmermann erhält den Großen Kulturpreis der Sparkassenstiftung zur Förderung Rheinischen Kulturguts. Vorstand und Kuratorium erkannten einstimmig dem 28jährigen, in Duisburg geborenen und aufgewachsenen Violinisten die mit 60 000 Mark dotierte Auszeichnung in Würdigung seiner weltweit anerkannten musikalischen Leistungen zu. **Zimmermann** ist vor allem als Mozart-Interpret hervorgetreten.

FCL verbesserte sein Torverhältnis im Erftstadion

Der Himmel hatte ein Einsehen und schloß für 90 Minuten seine Schleusen während der Einweihung des schmucken Euskirchener Erftstadions durch das Spiel des FCL gegen eine Auswahl von Stadtrats- und Kreistagsmitgliedern. Gestützt auf eine sichere Abwehr, vom wiedergenesenen **Libero Hans Alt-Küpers** glänzend organisiert, legte der FCL gleich gewaltig los und führte bereits bei Halbzeit mit 3:0 Toren. Nur kurz sah es nach dem Treffer der Euskirchener danach aus, als könnte der FCL in Schwierigkeiten geraten, dann aber setzte er sich, dank des langen Atems, über den Politiker nun mal verfügen müssen, durch, tat etwas für sein Torverhältnis und zog auf 10:1 davon. Herausragend dabei als spielende Sturmspitze wie weiland der Ungar **Hidegkuti** der **Medebacher Günter Langen**, der drei wunderschöne Tore erzielte; mal spielerisch fein, mal schußgewaltig, mal mit Köpfchen.